

Programm für eine libertäre Gesellschaft

und den Weg dorthin...

**Die ersten vier Teile des Programms:
Einleitung, Selbstverwaltung,
Gerechtigkeit, Wohnen**

Perspektive:Selbstverwaltung

Haben wir euer Interesse oder euren Widerspruch geweckt?
Dann schreibt uns: perspektive-sv@systemli.org

Website: perspektivesv.noblogs.org

Twitter: twitter.com/perspektive_sv

Instagram: [instagram.com/perspektive_sv](https://www.instagram.com/perspektive_sv)

Wir bedanken uns herzlich bei allen Mitschreibenden, Inspirierenden,
Korrekturlesenden, Unterstützenden und Mitdiskutierenden.

Perspektive Selbstverwaltung, Berlin Winter 2021

Creative Commons: Namensnennung, nicht kommerziell,

Weitergabe unter gleichen Bedingungen

Einleitung

Wir schreiben dieses Programm, weil sich die Probleme auf unserem Planeten häufen und wir dabei nicht weiter tatenlos zuschauen wollen. Wir hören immer wieder, dass die Herrschenden dafür verantwortlich sind, sich um diese Probleme zu kümmern. Wir sehen aber, wie sie nicht nur daran scheitern, sondern die Situation tagtäglich verschlimmern. Dieses Programm ist ein Versuch, verschiedene Ideen und konkrete Vorschläge zusammenzubringen und neue zu entwickeln: für eine zukünftige Gesellschaft, für den Weg dorthin und für das Hier und Jetzt.

Für alle, die die Schnauze voll haben. Für die, die jeden Tag befürchten müssen, aufgrund ihres Aussehens, ihres Namens, ihres Passes oder ihres Geschlechtes alles zu verlieren. Für die, die seit Jahrzehnten gezwungen sind, sich kaputt zu arbeiten oder vom Jobcenter demütigen zu lassen. Für jene, die mit Erschrecken und Wut auf die Ereignisse weltweit und hier schauen: Die endlose Liste rassistischer Anschläge, der profitorientierte Umgang mit der Pandemie, die Unfähigkeit der Regierungen aus den Klimakatastrophen Konsequenzen zu ziehen. Für jene Menschen, die diese Wut nicht runterschlucken und die die Hoffnung nicht aufgeben. Denen, die zunehmenden Widerstandsbewegungen weltweit Kraft geben. Für die, die das wunderschöne Potential für Veränderung in der Gesellschaft sehen und die sich deswegen zusammenschließen und handeln. Aber auch für die, die ein nagendes Gefühl der Unzufriedenheit plagt: Kann das wirklich schon alles gewesen sein, was das Leben zu bieten hat?

Bei dieser Veröffentlichung handelt es sich um einen kleinen Teil unseres geplanten Programms. Das vollständige Programm ist unterteilt in den hier vorliegenden Einleitungstext sowie verschiedene gesellschaftliche Teilbereiche. Es muss nicht von vorne bis hinten vollständig gelesen werden, die einzelnen Themen können für sich stehen. Wir werden folgende Themen veröffentlichen: Selbstverwaltung, Arbeit, Gesundheit, Gerechtigkeit, Bildung, Wohnen, Antirassismus & Dekolonialisierung, Feminismus, Infrastruktur, Selbstverteidigung und Ökologie.

Die einzelnen Programmteile bestehen aus:

- » einem **Einleitungstext**, der den heutigen Zustand des jeweiligen gesellschaftlichen Teilbereichs kurz beschreibt;
- » dem Abschnitt „**Wo wollen wir langfristig hin?**“, in dem wir umreißen, wie der jeweilige Bereich in einer herrschaftsfreien Gesellschaft aussehen kann;

- » (z.T.) einem Text zur **Übergangsphase**, der den Weg dahin und dabei entstehende Widersprüche aufzeigt;
- » dem Abschnitt „**Was können wir kurzfristig tun?**“, in dem wir für das Hier und Jetzt Ansätze beschreiben, um Gegenmacht aufzubauen und Reformen fordern

Was ist los? - Kurze Bestandsaufnahme der gesellschaftlichen Zustände

Was seht ihr, wenn ihr morgens aufsteht und aus dem Fenster schaut? Wie fühlt ihr euch? Wenn wir aufmerksam durch die Straßen gehen oder in den Spiegel schauen, wird schnell klar, dass der Alltag der meisten Menschen aus kleinen und großen Kämpfen besteht: Der gemeinsame Beschluss mit dem Nachbarn, sich die nächste Mieterhöhung nicht gefallen zu lassen. Die Passantin, die bei der rassistischen Polizeikontrolle oder dem trans*feindlichen Kommentar nicht schweigend wegschaut. Der vereinte Kampf um bessere Arbeitsbedingungen beim Start-Up-Lieferdienst. Diese Kämpfe sind keine Einzelfälle oder gar die Folgen individuellen Scheiterns. Sie hängen direkt miteinander zusammen und sind Folgen aber auch Grundlage der Art von Gesellschaft, in der wir heute leben. Haben die über den Arbeiter*innen einstürzende Textilfabrik in Bangladesh¹, die miserablen Arbeitsbedingungen im deutschen Schlachthof² und die Zerstörung der brasilianischen Wälder³ etwas mit unserem Alltag zu tun?

Die zunehmende Unzufriedenheit über die bestehenden Verhältnisse wird immer deutlicher: weltweit nehmen Protestwellen und Aufstände zu. Die Auslöser können eine Steuerreform, der Anstieg der Ölpreise oder rassistische Polizeigewalt sein: die Bewegungen, die daraus entstehen, entwickeln immer öfter Forderungen nach einem grundlegenden Wandel. In Indien^{4 5} haben sich die Proteste von Landwirt*innen gegen die Agrarreform zu den größten der Landesgeschichte entwickelt. In Argentinien⁶ erkämpfte die feministische Streikbewegung die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. In Belarus protestierten monatelang hunderttausende Menschen, um die Diktatur zu stürzen.^{7 8 9}

Gleichzeitig erleben wir, wie rechte, faschistische und verschwörungs-ideologische Netzwerke^{10 11} immer selbstbewusster auftreten. Sie befeuern Ängste vor sozialem Abstieg, verbreiten Falschinformationen und erschaffen aus alledem extrem vereinfachte, oft antisemitische Erklärungen für komplexe Zusammenhänge. Quer durch die Gesellschaft zeigt sich, dass menschenfeindliche Ideologien ungebrochen existieren. Die AfD erzielt immer größere Wahlerfolge, rassistische und antisemitische Anschläge sind an der Tagesordnung.^{12 13} Und

das, während staatliche Institutionen wegschauen oder Teil davon sind: Es ist inzwischen gut dokumentiert, wie der Staat, insbesondere Teile von Polizei, Militär und Verfassungsschutz, in den Aufbau, die Vernetzung, die Finanzierung und die Vertuschung von rechtem Terror verwickelt sind.^{14 15 16}

Angesichts globaler Krisen wie der Corona-Pandemie und dem Klimawandel zeigt sich, dass nicht nur rechte Parteien Verunsicherung und Ängste nutzen. Die aktuellen Maßnahmen, wie die Verschärfung von Grenzkontrollen und Überwachung oder der Abbau von Arbeitsrechten, kommen aus der sogenannten „Mitte“ und auch von vermeintlich linken Parteien. Unter dem Vorwand, den nationalen Wohlstand zu sichern, erleben wir die immer stärker werdende Spaltung zwischen Arm und Reich.¹⁷ Diese Krisen betreffen zwar alle, aber nicht alle Menschen gleich heftig. Wenn ich an einer Supermarktkasse arbeite, alleinerziehend bin oder wegen meines Aussehens unter Generalverdacht stehe, das Virus zu verbreiten, trifft mich die Pandemie härter als andere.¹⁸ Gleichzeitig machen Leute wie der Vorstand von Amazon das Geschäft ihres Lebens.¹⁹

Ähnliches gilt für die Klimakrise: Je nachdem, wo auf dem Planeten ich lebe, treffen mich die Folgen stärker.²⁰ Natürlich verändert sich auch in Mitteleuropa das Klima. Aber im Alltag der meisten Menschen, die hier leben, sind die unmittelbaren Auswirkungen wenig präsent. Anders ist es etwa im Mittleren Osten, wo bereits seit Jahren aufgrund von Dürren die Lebensmittelpreise steigen. Die Klimakrise ist längst zum wichtigen Faktor in politischen Entwicklungen geworden. Am Beispiel Syriens²¹ zeigt sich der Einfluss von Dürren auf die Aufstände seit 2011 (sogenannter Arabischer Frühling), woanders verlieren Menschen nach Klimakatastrophen ihren Lebensraum und sind zur Migration gezwungen.²² Offensichtlich ist die Klimakrise nicht die einzige Ursache für Vertreibung und Flucht, den Tod von Menschen im Mittelmeer oder die Kämpfe um Asyl. Diese Entwicklungen werden in den Medien als isolierte Ereignisse dargestellt, jedoch ohne die globalen Zusammenhänge oder ihre Ursprünge zu benennen.

Die Krisenhaftigkeit dieses Systems liegt nicht an der fehlerhaften Umsetzung einer an sich guten Idee. Die Funktionsweisen des Kapitalismus an sich sind das Problem. Doch was genau meinen wir damit?

Kapitalismus ist mehr als ein Wirtschaftssystem, das auf der Ausbeutung von Menschen und Natur für den Profit einiger weniger basiert. Kapitalismus ist Teil unserer Gesetze, unseres Demokratieverständnisses, unseres Bildungssystems, unseres Verständnisses von Liebe, unseres Denkens. Es handelt sich um ein gesellschaftliches System, das uns von Geburt an prägt und das wir selber reproduzieren. Die Ursprünge dieses Systems sind vielfältig.

Die Erzählung, die wir aus der Schule kennen, ist, dass sich der Kapitalismus

im Zuge der industriellen Revolution natürlich und fließend entwickelt hat. Die Organisierungs- und Wirtschaftsformen, die vorher da waren, besonders die jenseits von Europa, werden kaum thematisiert. Genauso wenig der Umstand, dass diese sich nicht in einem fließenden Prozess gewandelt haben, sondern mit unglaublicher Brutalität unterdrückt wurden. Als Folge des europäischen Kolonialismus und späteren Imperialismus seit dem 15. Jahrhundert wurden weltweit ganze Gesellschaften vernichtet und ausgebeutet. Afrikanische Menschen wurden verschleppt, versklavt und ihre Arbeitskraft in den Amerikas über Jahrhunderte ausgebeutet.²³ Die Tonnen an Gold und Silber, die dem lateinamerikanischen Kontinent durch tödliche Zwangsarbeit entrissen wurden, machten die Industrialisierung in Europa und später in den USA überhaupt erst möglich.^{24 25} Gleichzeitig wurden in Europa Bäuer*innen und Gemeinschaften enteignet, ihrer Selbstversorgungsgrundlage beraubt und so in die Lohnarbeit in Städten und Fabriken gezwungen. Frauen* wurden aus bezahlter Arbeit in unbezahlte Sorgearbeit verdrängt.^{26 27}

Dass die fortschreitende Anhäufung von natürlichen Ressourcen und Eigentum von Anfang an auf Rassismus, Patriarchat^a, Unterdrückung, Ausbeutung und extremer Gewalt basiert, wird heute oft vergessen. Wenn wir die Geschichte des Kapitalismus anerkennen, dann heißt das, dass der heutige Kapitalismus untrennbar mit Rassismus, patriarchalen Strukturen und anderen Unterdrückungsformen verwoben ist. Wir können sie nicht als voneinander losgelöste Probleme überwinden.

Der Nationalstaat hat sich als ein Verwaltungssystem entwickelt, in dem sich der Kapitalismus ungehindert weiterentwickeln konnte und kann. Individualismus und Nationalismus verhindern eine weltweite Solidarisierung gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Der Fokus auf wirtschaftliches Wachstum, das Versprechen individuellen Glücks, aber auch die Angst vor Armut, lassen Lohnarbeit zum Fokus unseres Lebens werden. Gesetze, Strafen und Wahlen sollen uns das Gefühl von Sicherheit, Ordnung und Mitbestimmung geben, während wir das Gefühl dafür verlieren, was Gerechtigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung eigentlich bedeuten. Die Ungerechtigkeit, die uns jeden Tag begegnet, ist nicht alternativlos.

Wir brauchen eine grundlegende Veränderung und wir sind überzeugt, dass diese nur umsetzbar ist, wenn wir die Sache selber in die Hand nehmen.

a: Patriarchat bezeichnet die Vorherrschaft von cis-Männern und die daraus folgende Unterdrückung von Frauen* und queeren Menschen. Diese sind historisch gewachsen und zeigen sich in allen Lebens- und Gesellschaftsbereichen. Die Trennung von Lohn- und Reproduktionsarbeit, die Vorstellungen von Geschlecht und Geschlechterrollen sowie die ungleiche Verteilung von Ressourcen basieren auf patriarchalen Denk- und Verhaltensmustern.

Doch dafür brauchen wir eine Vision, wo wir hin wollen: zu einer klassenlosen Gesellschaft, die nicht auf der Ausbeutung von Menschen und Natur basiert. Wir müssen uns überlegen, wie diese Gesellschaft aussehen kann, um unsere Ziele zu kennen. Aber allein die Vorstellung einer Utopie wird nicht reichen. Wir müssen uns fragen: Wie kommen wir da hin? Was müssen wir dafür tun, wie schaffen wir die (materielle) Basis dafür? Was können wir heute schon verändern, aufbauen?

Auf diese Fragen antwortete Gustav Landauer 1910: „*Der Staat ist ein Verhältnis, eine Beziehung zwischen Menschen, ist eine Art, wie sich Menschen zueinander verhalten; und man zerstört ihn, indem man andere Beziehungen eingeht, indem man sich anders zueinander verhält*“.²⁸ In diesem Sinne: lasst uns neu zueinander in Beziehung treten und die Verhältnisse zum Tanzen bringen!

Was tun? - Soziale Revolution, Gegenmacht, Reformen

„Keine Menschen auf der Welt, keine Menschen in der Geschichte, haben jemals ihre Freiheit erlangt, indem sie an die Empathie derjenigen appellierten, die sie unterdrückten.“

Assata Shakur²⁹

Wie können die grundlegenden Veränderungen, die wir in diesem Programm vorschlagen, umgesetzt werden? Einige würden vorschlagen, eine Partei zu gründen und sich ins Parlament wählen zu lassen. Es ist zwar nicht egal, ob eine eher linke oder rechte Partei an der Macht ist. Aber wie eben beschrieben, ist das tägliche Unrecht untrennbar mit Staat und Kapitalismus verknüpft. Es ist unmöglich, diese Unterdrückung innerhalb des Systems durch Wahlen und Parteien zu überwinden. Eine Partei kann noch so gute Ziele verfolgen – sobald sie in der Regierung ist, muss sie sich innerhalb der Regeln des Systems bewegen, um dort zu bleiben. Wenn wir daran wirklich etwas ändern wollen, müssen wir das auf einer ganz neuen Grundlage tun.

Soziale Revolution

Wenn wir von Revolution sprechen, meinen wir eine grundlegende und nachhaltige Veränderung. Stellen wir uns die Gesellschaft als ein lebendes

Wesen vor: Sie befindet sich in einem fortwährenden Wandel, den wir als Evolution bezeichnen können, da er langsam vor sich geht. Daneben gibt es Revolutionen: abrupte Veränderungen, die in relativ kurzer Zeit passieren. Eine schnelle Veränderung kann in allen möglichen Bereichen geschehen. So wird beispielsweise von der industriellen oder digitalen Revolution gesprochen, wenn technische Revolutionen gemeint sind. Oder von einer politischen Revolution, wenn die Herrschaftsform einer Region geändert wird und damit grundlegende politische Wandel einhergehen.

Um aber Herrschaft zu überwinden, braucht es mehr als einen Wechsel der politischen Verwaltung. Um wirklich etwas zu verändern, müssen wir das Fundament unserer Gesellschaft mit neuen Augen betrachten und herrschaftsfrei gestalten. Unser Ziel ist also eine soziale Revolution. Neben Bereichen wie der Bildung, der Kultur, der Wirtschaft, Arbeit oder Verwaltung wollen wir auch unsere zwischenmenschlichen Beziehungen anders gestalten.

Unsere Beziehungen zueinander sind heute oft von Machtunterschieden geprägt: Chef*innen können entscheiden, was ihre Angestellten tun, Lehrkräfte bestimmen, was die Schüler*innen lernen oder auf der Arbeit ist „der Kunde König“. Uns wird eingeredet, das sei die natürliche Ordnung: einige seien dazu veranlagt zu folgen, andere dazu, zu führen. Natürlich ist Herrschaft viel komplexer als das. Wenn wir eine Welt anstreben, in der alle gleichberechtigt miteinander leben können, muss das Ziel der sozialen Revolution sein, Systeme zu erschaffen, die die positiven Aspekte der Menschen zum Vorschein bringen. Die nicht mehr darauf ausgelegt sind, dass wir unseren Wert über die Abwertung oder Ausbeutung anderer Menschen definieren.

Eine solche Gesellschaft kann nur ermöglicht werden, wenn die materielle Grundlage dafür geschaffen wird. Damit eine Gesellschaft funktionieren kann, muss sie sich auch ernähren können, braucht Wohnraum, Krankenhäuser, eine Infrastruktur usw. Heute sind diese Mittel überwiegend Privat- oder Staatseigentum. Das ist kein Zufall. Dass eine sehr kleine Gruppe von Menschen über diese Mittel verfügt, und dass Besitz so ungleich verteilt ist, ist eine wichtige Stütze von Herrschaft. In der zukünftigen Gesellschaft sollen diejenigen über diese Mittel verfügen, die sie nutzen oder damit arbeiten. Soziale Revolution heißt auch, an den materiellen Grundfesten zu rütteln und sie zu Fall bringen, beispielsweise durch umfassende Enteignungen und Überführung in gemeinschaftlichen Besitz.

Revolution bedeutet zwar Veränderung in kurzer Zeit, trotzdem glauben wir nicht an den einen Moment, in dem sie stattfindet. Soziale Revolution stellt vielmehr einen Prozess dar, der nicht frei von Widersprüchen sein wird: Es werden sich immer wieder Menschen organisieren, auf andere Bewegungen treffen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede finden und sich

zusammenschließen. Soziale Revolution ist ein Prozess des Lernens, des Austauschs, des Aufbaus, der Rückschläge und Erfolge.

Wie die Vergangenheit und die Gegenwart zeigen, lassen die Herrschenden es nicht einfach zu, dass wir eigene Strukturen aufbauen und uns als Gesellschaft verändern.³⁰ Es liegt in der Natur von Macht, dass jene, die sie besitzen, ihre Position behalten wollen. Daher gehen wir davon aus, dass wir die Veränderungen, die wir gemeinsam aufbauen, auch verteidigen werden müssen.

Gegenmacht

Die Schlussfolgerung daraus, dass Soziale Revolution nicht der eine Moment ist, auf den wir warten, ist für uns, dass wir schon heute anfangen, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen und unser Zusammenleben unabhängig von staatlichen Strukturen zu organisieren. Dafür müssen wir Gegenmacht aufbauen. Wenn soziale Revolution bedeutet, alle Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu transformieren, sollte in allen diesen Bereichen Gegenmacht aufgebaut werden. Es kann bedeuten, dass wir eigene Bildungsangebote schaffen und Modelle entwickeln, die uns mehr ökonomische Unabhängigkeit geben. Oder, dass wir lernen, Konflikte untereinander zu klären und einen Umgang mit zwischenmenschlicher Gewalt zu finden.³¹ Genauso kann es auch bedeuten, dass wir in der Lage sind, uns gemeinsam gegen staatliche Angriffe zu wehren, seien es Entlassungen, Abschiebungen oder Zwangsräumungen. Und es bedeutet auch, dass wir die Formen der Herrschaft, die wir von Klein auf gelernt haben, überwinden, um unser Verhalten zueinander und unsere Beziehungen gleichberechtigt zu gestalten.

Insgesamt heißt es also, Strukturen aufzubauen, die alle unsere Bedürfnisse unabhängig von Staat und Kapitalismus befriedigen, und diese Strukturen miteinander zu vernetzen.

Reformen

Auch wenn Gegenmachtstrukturen zu einer konkreten Verbesserung unseres Alltags führen können, befinden wir uns in einer Situation, in der es nicht immer möglich ist, sich der staatlichen Logik komplett zu entziehen. Daher halten wir es für notwendig, Vorschläge für Reformen zu machen, die unsere unmittelbare Situation verbessern. Dabei ist klar, dass reiner Reformismus, also die Vorstellung, dass das System durch Reformen von innen verändert werden kann, kein Weg zum Aufbau einer anderen Gesellschaft ist. Mit Reformen meinen wir Maßnahmen, die von Staaten umgesetzt werden. Dabei sehen wir einen großen Unterschied zwischen Reformen, die uns „von oben verabreicht“ werden und unsere Situation verschlimmern können (wie z.B. Arbeitsrechtsreformen), und solchen, die von unten, also aus der Gesellschaft heraus, erkämpft werden

(wie z.B. der 8-Stunden-Tag und das Frauen*wahlrecht). Aktuell würde z.B. ein bundesweiter Mietendeckel, bedingungsloses Bleiberecht für alle oder die Legalisierung von Abtreibungen unsere Leben leichter machen. Dabei sollten wir uns der Gefahren bewusst sein: Wenn der Staat Forderungen von Protestbewegungen entgegenkommt, dann mit dem Ziel, die Kontrolle zu behalten, indem die Proteste befriedet und gespalten werden. Diese Reformen kann er jederzeit zurücknehmen oder einschränken.^{32 33} Außerdem können wir uns so sehr in staatlichen Sachzwängen verlieren, um „realistische“ Forderungen zu stellen, dass wir das Ziel aus den Augen verlieren. Wir sehen Reformkämpfe als Lernfeld für politische Organisation, die zu unmittelbaren Verbesserungen führen können. Dabei muss klar sein, dass wir bei diesen Reformen niemals stehen bleiben dürfen.

Aber wie? - Anarchistische Grundwerte

Unsere Vorschläge für gesellschaftliche Veränderung können niemals vollständig und widerspruchsfrei sein. Daher kommt es auf die dahinterstehenden Grundwerte an. Diese bieten eine Orientierung in all den offenen Fragen und Widersprüchen, die uns begegnen werden. Genau wie das heutige kapitalistische System auf Grundwerten basiert, kann sich auch die zukünftige Gesellschaft nicht nur anhand geteilter materieller Interessen, sondern auch anhand geteilter Werte organisieren. Wie oben beschrieben, ist ein Grundcharakter von anarchistischem Denken und Handeln die Überwindung von Herrschaft. Daraus ergeben sich verschiedene Grundwerte. Schon jetzt sollten diese nicht nur unsere Theorie, sondern auch unsere Strategie und Taktik sowie unsere alltäglichen Beziehungen prägen. Die Mittel, also die Art und Weise, wie wir uns heute organisieren und miteinander umgehen, werden das Resultat bestimmen:

Selbstorganisation von unten statt Herrschaft von oben. Gegenseitige Hilfe und Solidarität statt Ausbeutung und Konkurrenz. Freie Assoziation und Gemeinschaftlichkeit statt Repräsentation und Individualismus. Kollektive Verantwortungsübernahme und direkte Aktion statt Vereinzelung und Handlungsunfähigkeit.

Was diese Konzepte bedeuten und wie sie angewendet werden können, erklären wir in den folgenden Kapiteln, hauptsächlich bei „Selbstverwaltung“.

Eine konsequente Herrschaftskritik schließt andere Grundhaltungen mit ein. Dazu gehört die Erkenntnis, dass ein großer Wert darin liegt, andere Perspektiven und neue Ideen anzuerkennen und wertzuschätzen oder die Bereitschaft, daraus zu lernen und das eigene Verhalten zu verändern.

Freiheit, die auf der Unterdrückung anderer basiert, kann niemals echte Freiheit sein. Daher sind wir nicht frei, solange nicht alle frei sind.³⁴ Und wir werden das kapitalistische System nicht überwinden, solange wir die Unterdrückungen, auf die es sich stützt, nicht überwinden. Ob Antirassismus, Feminismus oder Klassenkampf, ob Klimagerechtigkeit oder Internationalismus - diese Kämpfe können nur zusammen gedacht und gemeinsam geführt werden.

Von wem? - Zu diesem Programm und den Schreibenden

Wir sind Perspektive Selbstverwaltung (PS), eine anarchistische Organisation im Aufbau, aus Berlin.

Die vorliegenden Texte und Vorschläge basieren auf unseren Ideen, ausführlicher Recherche, unseren Erfahrungen und denen der Menschen, mit denen wir in Dialog getreten sind. Sie basieren ebenso auf dem Wissen aus jahrzehnte- und jahrhundertelangen Widerstandskämpfen und revolutionären Bewegungen. Sie bilden den Versuch ab, die Bedingungen unseres Lebens und unserer Umwelt zu verstehen, um diese zu verändern. Um dies sichtbar zu machen und euch die Möglichkeiten zum Weiterlesen und zur Kontaktaufnahme zu geben, findet ihr im Anhang des Programms eine Link-Liste zu Gruppen, Bewegungen und Personen, auf die wir uns beziehen.

Neben den konkreten Vorschlägen stellen wir innerhalb der Programmpunkte Fragen, die wir bewusst unbeantwortet lassen. Einerseits, weil unser Wissen und unsere Perspektiven begrenzt sind. Andererseits wollen wir diese offenen Fragen gemeinsam mit euch diskutieren und verschiedene mögliche Antworten finden. Wir möchten mit diesem Programm zum einen Anstöße zum Nachdenken, Diskutieren und Handeln geben. Zum anderen wollen wir eine Einladung an interessierte Menschen und Gruppen aussprechen: Ihr seid die Expert*innen eurer Alltagskämpfe und wir freuen uns über eure Rückmeldungen und Ergänzungen, aber auch über eure Kritik und euren Widerspruch. Wir wollen das Programm mit euch und euren Anregungen weiterentwickeln, aber freuen uns auch wenn ihr selbständig was damit macht.

Die grundlegenden Veränderungen, die wir vorschlagen, können wir nur gemeinsam, als Gesellschaft, umsetzen. Wir sehen uns als aktiven Teil davon. Wir wollen gemeinsam Prozesse des Aufbaus in Gang setzen und euch hiermit dazu ermutigen, euch zusammenzuschließen und die Dinge selbst in die Hand zu nehmen!

Fußnoten u. Quellen

1. Medico International, *Medico Factsheet - Mode und Textilbranche*, Medico International, 2018 (Faktensammlung).
2. Jule Reimer, *Warum die Arbeitsbedingungen in Schlachtbetrieben so prekär sind*, Deutschlandfunk, 2020 (Artikel).
3. Norbert Suchanek, *Brasilien bedrohte Galeriewälder - Corona bremste zwar die Wirtschaft, nicht aber die Brände und Rodungen*, Neues Deutschland, 2021 (Artikel).
4. Dominik Müller, *Indien und die Bauernproteste - Beginnt der Niedergang von Modis BJP?*, Qantara.de, 2021 (Artikel).
5. Mahima A. Jain, *Die ökologischen Hintergründe der Agrarkrise in Indien*, Deutsche Welle, 2021 (Artikel).
6. Caroline Kim, *Durch den Streik die Welt verstehen - Verónica Gago über die neue Welle antipatriarchaler Kämpfe und ihr Buch »Für eine feministische Internationale«*, Analyse & Kritik, 2021 (Artikel).
7. Ara Holmes & Kim García, „Schritte in eine ungewisse Zukunft“ (Teil 1) - Hintergrund und Analyse zum Beginn der Proteste, in: *Zwischen Neoliberalismus und Revolution - Textsammlung zu den Protesten in Belarus*, S. 13-17, 2020 (Broschüre).
8. Friedrich Burschel (Hrsg.), *Durchmarsch von Rechts. Völkischer Ausbruch: Rassismus, Rechtspopulismus und Rechter Terror*, Rosa Luxemburg Stiftung, 2017 (Buch).
9. #rC3 - *Kein Filter Für Rechts*, Media.CCC.de, 2021 (Video).
10. Initiative 19. Februar Hanau (Internetseite).
11. Konrad Litschko, *Seehofer's „geringe“ Fallzahl - 380 rechtsextreme Vorfälle in den Sicherheitsbehörden zählt ein Lagebild*, 1.064 bei der Bundeswehr. Ein strukturelles Problem? Nein, sagt Seehofer, taz, 2020 (Artikel).
12. Kommunistischer Aufbau, *Wieviele Staaten stecken in rechten Terror-Strukturen und wie können wir uns schützen?*, 2019 (Broschüre).
13. Ulrich Sander, *AfD und andere rechte Netzwerke in Bundeswehr und Polizei*, 2019 (Referat).
14. Amadeo Antonio Stiftung, *Staatsversagen. Wie Engagierte gegen Rechtsextremismus im Stich gelassen werden. Ein Report aus Westdeutschland*, 2013 (Broschüre).
15. Christina Schmidt & Sebastian Erb, *Rechte Netzwerke & die „Affäre Caffier“*, Jung & Naiv, Nr. 489, 2020 (Video).
16. Das sehen wir besonders deutlich am Beispiel des NSU:
 - a. Amadeo Antonio Stiftung, *438 Verhandlungstage sind nicht das Ende der Aufklärung. Zum Urteil im ersten NSU-Prozess*, 2018 (Broschüre).
 - b. *Andere Zustände ermöglichen, Prozesse der Aufarbeitung. Ein erstes Fazit zum Ende des NSU-Verfahrens*, Seitenhieb Verlag, 2017 (Broschüre).
 - c. *NSU-Watch*, Analyse und Recherche (Internetseite).
 - d. Saal 101, *Dokumentarhörspiel zum NSU-Prozess*, ARD, 2021 (Hörspiel).
17. WSI Verteilungsmonitor - Institut der Hans-Böckler-Stiftung, *Aktuelle Grafiken, Daten und weiterführende Informationen zu Lohnentwicklung und der Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen* (Internetseite).
18. Natürlich sind auch Menschen aus Risikogruppen besonders stark von der Pandemie betroffen. Die verschiedenen Faktoren verschränken sich miteinander, Armut ist die häufigste Krankheitsursache weltweit. Siehe: Nelli Tügel, *Das Tabu - Arme sterben im Durchschnitt früher und besonders häufig an Covid-19, doch in Deutschland interessiert das kaum*, Analyse & Kritik, 2021 (Artikel).

19. Oxfam, *Das Ungleichheitsvirus - Wie die Corona-Pandemie soziale Ungleichheit verschärft und warum wir unsere Wirtschaft gerechter gestalten müssen - Deutsche Zusammenfassung*, Oxfam Deutschland, 2021 (Studie).
20. Hildegard Bedarff & Cord Jakobeit, *Klimawandel, Migration und Vertreibung - Die unterschätzte Katastrophe*, Greenpeace Deutschland, 2017 (Studie).
21. Jennifer Holleis, *Wie der Klimawandel zum Krieg in Syrien beitrug*, Qantara.de, 2021 (Artikel).
22. Christine Lottje, *Migration und Flucht durch Klimawandel - Wie der Klimawandel Menschen zur Aufgabe ihrer Heimat zwingt*, Oxfam Deutschland, 2016 (Broschüre).
23. Bafta Sarbo, *Einführung in die materialistische Rassismuskritik*, Kritische Orientierungswochen HU Berlin, 2020 (Video-Vortrag).
24. Karl Marx nennt diesen Prozess „Ursprüngliche Akkumulation“ (Anhäufung) von Kapital. Karl Marx, *Das Kapital, Band 1, Kritik der politischen Ökonomie*, Kap. 24, „Die sogenannte Ursprüngliche Akkumulation“, 1867 (Buch).
25. Eduardo Galeano, *Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart*, 2002, Erweiterte Auflage, Peter Hammer Verlag, S. 54-116 (Buch).
26. Silvia Federici, *Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation*, 2020, 7. Auflage, Mandelbaum Kritik & Utopie (Buch).
27. Mariana Schütt, *Hexenverbrennung und die ursprüngliche Akkumulation*, kritisch-lesen.de, 2013 (Rezension).
28. Gustav Landauer war Anarchist und in der Novemberrevolution 1918/19 sowie der Münchner Räterepublik im April 1919 beteiligt. In: Gustav Landauer, *Schwache Staatsmänner, schwächeres Volk!*, Der Sozialist, 1910 (Artikel).
29. Assata Shakur ist eine Schwarze Freiheitskämpferin, ehemaliges Mitglied der Black Panthers und lebt seit 1979 im politischen Exil. Englisch Original-Zitat: „*Nobody in the world, nobody in history, has ever gotten their freedom by appealing to the moral sense of the people who were oppressing them.*“ in: Assatashakur.org (Internetseite).
30. Ein aktuelles Beispiel sind die andauernden Angriffe auf Rojava (Nordsyrien) u.a. durch den türkischen Staat, mehr Infos auf Civaka Azad - Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V. (Internetseite).
31. *Polizeiproblem*, Analyse & Kritik, 2020, (Sonderheft).
32. Thomas Giovanni, *Building Power and Advancing: For Reforms, Not Reformism*, Black Rose Anarchist Federation, 2017 (Artikel).
33. Eiszeit, *Moloch und Heilsbringer. Zur Geschichte und Kritik des Sozialstaats*, Kosmoprolet, 2016 (Artikel).
34. Der Anarchist Michael Bakunin, Mitbegründer der ‚Internationalen Arbeiterassoziation‘ (Erste Internationale), sagte dazu: „*Meine Freiheit ist die Freiheit aller; da ich nur dann wirklich, nicht nur in Gedanken, sondern auch tatsächlich frei bin, wenn meine Freiheit und mein Recht durch die Freiheit und das Recht aller mir gleichgestellten Menschen befestigt ist.*“ in: Errico Malatesta, *Anarchie*, 1891 (Broschüre).

Selbstverwaltung

Mit Verwaltung meinen wir, wie die Gesellschaft, in der wir leben, organisiert ist. Die heute vorherrschende gesellschaftliche Verwaltungsform ist der Staat. Er ist eine hierarchische Form der Verwaltung, in der die Strukturen so aufgebaut sind, dass es eine Befehlskette von Oben nach Unten gibt. Oben werden die Entscheidungen getroffen und nach unten geschickt, wo sie ausgeführt werden sollen. Der Staat ist also nicht nur eine Versammlung von Institutionen und Instanzen wie z.B. der Regierung, den Ministerien, dem Schulsystem, dem Steueramt, der Polizei und der Armee. Er ist auch eine soziale Beziehung zwischen diesen unterschiedlichen Institutionen und der Regierung an der Spitze und zwischen diesen Institutionen und der Gesellschaft – und damit eine hierarchische und zentralistische Beziehung.

Das Wesen der Verwaltung wird nicht nur von den organisatorischen Strukturen bestimmt, sondern auch von den Grundwerten, auf denen sie aufbaut. In der BRD wird sich z.B. immer wieder auf die sogenannte „freiheitlich demokratische Grundordnung“¹ berufen. Allein in den offen dort bestimmten Prinzipien wird deutlich, dass es um Konkurrenz und Repräsentation statt um Zusammenarbeit und direkte Beteiligung geht („*das Volk*] hat die Auswahl zwischen konkurrierenden Parteien“); oder dass es darum geht die Verantwortung über unsere Leben einer kleinen Gruppe von Menschen zu überlassen statt es selber in die Hand zu haben („*Grundlegendes Prinzip:] die Verantwortlichkeit der Regierung“*).

Wenn wir in die Geschichte zurückblicken, sehen wir einen engen Zusammenhang zwischen der Entstehung der repräsentativen Demokratie und dem Kapitalismus. Der moderne Staat hat seinen Ursprung in der Monarchie und dem Feudalismus, wo Verwandtschaft für politischen und ökonomischen Einfluss und Macht entscheidend waren. Mit dem Handel und der Industrialisierung im 19. Jahrhundert kamen aber neue ökonomische Kräfte auf, die sich auch einen Platz am Tisch sichern wollten und innerhalb einiger Jahrzehnte entstand die moderne Form des Staates. Er entspricht aber noch immer stark seinem Ursprung und der Einfluss ökonomischer Kräfte, wie Unternehmen, ist noch immer groß. Wie der Kapitalismus hat auch der Staat seinen Ursprung in der Anhäufung von Kapital. Die Voraussetzungen dafür waren die Ausbeutung der Erde und unserer Arbeitskraft, die Entwertung reproduktiver Arbeit und der Kolonialismus.

Das klingt erst mal sehr widersprüchlich zu der Grundlage, die mit der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ geschaffen wurde, um das heutige

System zu legitimieren: Menschenrechte, Mitspracherecht², Sozialleistungen, usw. Wir sind vor dem Gesetz alle gleich, dürfen alle vier Jahre wählen gehen, haben Anspruch auf Harz IV, wenn wir unseren Job verlieren. Aber die Realität sieht anders aus: unser Nachname, Aussehen, Pass, Geschlecht oder wie viel Geld wir in der Tasche haben bestimmen, wie gut unsere Chancen sind, davon etwas abzubekommen. Die Versprechen der Parteien, daran etwas zu ändern, können noch so schön klingen. Aber das Unrecht, das wir täglich erfahren, ist eine direkte Folge davon, dass es in der Hand einer privilegierten Minderheit liegt, die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ nach ihrem Vorteil zu interpretieren. Alle vier Jahre wählen zu gehen, wird daran nichts Grundsätzliches ändern. Wenn wir damit brechen wollen, brauchen wir also ein ganz anderes Fundament unserer Gesellschaft.

Uns wird immer wieder eingeredet, dass das heutige System so komplex sei, dass wir es als „normale Menschen“ eh nicht verstehen würden. Das lernen wir in der Schule, auf der Arbeit und in den Medien. Wir denken aber, dass wir sehr wohl dazu in der Lage sind, selber für unsere Belange einzustehen und gemeinsam Entscheidungen zu treffen. Wir sind überzeugt, dass das der einzige Weg ist, um die Interessen aller Menschen gleichberechtigt miteinzubeziehen.

Die Basis, um das zu realisieren ist für uns Selbstverwaltung. Wenn wir in die Geschichte und über den westlichen Tellerrand hinausschauen, sehen wir, wie Menschen und Gemeinschaften sich immer wieder anhand materieller Bedürfnisse und geteilter Werte zusammenschließen und zusammenarbeiten.^{3 4 5 6} Wie z.B. die Mbuti, die seit Jahrhunderten in staatslosen, gleichberechtigten, auf Kooperation basierenden Gemeinschaften im Ituri Regenwald der heutigen DR Kongo leben, ohne die Natur oder sich untereinander auszubeuten.⁷ Oder wie in Cherán, Mexico, wo die über 20.000 Einwohner*innen eine autonome selbstverwaltete Gesellschaft aufbauten, in der die Bedürfnisse dieser im Mittelpunkt stehen, nachdem sie 2011 die Kartelle, lokale Autoritäten und die Polizei vertrieben haben.⁸ Auf verschiedensten Ebenen zeigt sich überall und immer wieder der Impuls nach gegenseitiger Hilfe und gemeinschaftlicher Organisation. Auch in Gesellschaften wie der unseren, in denen der Staat großen Einfluss auf viele Bereiche unseres Lebens hat, beispielsweise an der Vielfalt von Vereinen, Hilfsnetzwerken und Stiftungen.⁹ Aber auch in Katastrophensituationen, in denen der Staat beginnt, die Kontrolle zu verlieren. So organisierten die Menschen nach dem Hurrikan Katrina 2005 in New Orleans, USA, selbständig Rettungs- und Versorgungsaktionen, als die staatlichen Strukturen kollabierten.^{10 11 12 13}

In der freien und klassenlosen Gesellschaft, die wir anstreben, sind folgende Grundwerte wichtig. Erstens das Prinzip der freien Assoziation, womit wir meinen, dass es uns allen frei stehen soll zu entscheiden, mit wem und wo

wir unsere Leben organisieren, solange das nicht benutzt wird, um andere zu unterdrücken oder auszubeuten. Zweitens gegenseitige Verantwortlichkeit, sowohl von Individuum zu Individuum, zwischen Individuum und der Gemeinschaft, aber auch von Gemeinschaft zu Gemeinschaft.¹⁴ Drittens gegenseitige Hilfe, weil keine Gemeinschaft völlig selbständig alle ihre Bedürfnisse befriedigen kann und die Zusammenarbeit verschiedener Gemeinschaften eine nachhaltigere Grundlage bietet als Konkurrenz.¹⁵

Um zu verhindern, dass sich neue Herrschaftsstrukturen bilden, sind zwei Sachen wichtig. Erstens sollten die Strukturen der neuen Gesellschaft so aufgebaut sein, dass sie eine dauerhafte Konzentration von Macht in der Hand weniger Menschen unmöglich machen. Zweitens erfordert es die Fähigkeit der Gesellschaft, Prozesse der Machtkonzentration, wenn diese trotzdem stattfinden, frühzeitig zu erkennen und zu verhindern.¹⁶

Im heutigen Verwaltungsapparat werden die Interessen vieler gesellschaftlicher Gruppen, die von struktureller Unterdrückung betroffen sind, nicht beachtet. Die Perspektive von z.B. Frauen* und Queeren Menschen, People of Color und Migrant*innen, oder Menschen mit Behinderungen ist häufig nicht vertreten und wenn dann oft nicht durch betroffene Personen selbst. Wir denken, dass marginalisierte Menschen selber am besten wissen, wovon sie betroffen sind und für ihre Bedürfnisse eintreten können. Deswegen sollen einerseits die Strukturen der Selbstverwaltung die Zusammensetzung der Gesellschaft repräsentieren. Andererseits soll es Strukturen autonomer Organisation geben, die gewährleisten, dass die Perspektiven und Bedürfnisse dieser Gruppen in der Gestaltung der Gesellschaft das Gewicht erhalten, das ihnen zusteht.

Wir werden aber nicht von einem Tag auf den anderen alle Grundwerte und Fähigkeiten umsetzen können, die für eine selbstverwaltete Gesellschaft nötig sind. Es gibt schon viele soziale Kämpfe, die heute und in der Vergangenheit diesen Prozess vorantreiben. Diese Kämpfe sind die Keime der zukünftigen Gesellschaft.

Dieser Teil des Programms stellt die Basis aller anderen Teile dar. Hier beschreiben wir, wie die einzelnen Bereiche der Gesellschaft (z.B. Arbeit, Wohnen oder Gerechtigkeit) im Austausch miteinander stehen können.

1. Wo wollen wir langfristig hin?

1.1 Grundprinzipien der Selbstverwaltung

A. Alle Macht der Basis: Politik soll nicht mehr eine Sache von wenigen Professionellen sein. Alle können mit-entscheiden, wenn sie davon direkt betroffen sind. Das setzt aktive Beteiligung voraus. Entscheidungen werden z.B. auf Vollversammlungen getroffen, die sich um bestimmte Lebensbereiche herum organisieren (z.B. ein Häuserblock oder Arbeitsplatz).

B. Selbstbestimmung des Individuums: Der Erfolg der freien Gesellschaft hängt ab von der selbstbestimmten Initiative des Individuums und vom vereinten Handeln. Jedem Individuum ist frei, sich wo gewünscht niederzulassen, selbständig Aktivitäten zu entfalten und sich am sozialen Leben zu beteiligen. Gleichzeitig besteht eine Abhängigkeit von der Gemeinschaft, die den Zugang zu materiellem Wohlhaben, persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten, Ressourcen oder Sicherheit ermöglicht. Das heißt, die Freiheit des Individuums hängt mit der Freiheit des Kollektivs zusammen, es existiert eine gegenseitige Verantwortlichkeit zwischen Individuum und Kollektiv.

C. Räteystem: Räte sind kleinere Gruppen von Menschen, die aus Vollversammlungen bestimmt werden, um Entscheidungen vorzubereiten oder diese in größere Ebenen zu delegieren. Die Basis entscheidet, wie viel Vertrauensvorschuss sie den Räten gibt, also welche Entscheidungen sie autonom treffen dürfen.

D. Imperatives Mandat: Delegierte (z.B. in den Räten) vertreten immer die Entscheidungen der Strukturen, die sie entsenden. Das erfordert regelmäßige Rücksprache z.B. auf Vollversammlungen. Sie sind jederzeit abwählbar, um zu verhindern, dass sie ihre Position missbrauchen, wenn sie beispielsweise nicht das vertreten, wofür sie entsandt worden sind.

E. Vertrauensvorschuss bedeutet, dass eine größere Gruppe von Menschen (z.B. eine Vollversammlung) einer kleineren Gruppe (z.B. einem Rat) das Vertrauen zuspricht bestimmte Entscheidungen selbständig zu treffen. Zwar haben alle die Möglichkeit, bei Fragen, die sie betreffen, mit-entscheiden zu können. Aber um handlungsfähig zu bleiben, soll es auch möglich sein, dass Räte Entscheidungen treffen oder dass sich die Basis von diesen beraten lässt (z.B. von Expert*innenräten, die sich mit bestimmten Themen beschäftigen). Die Basis behält aber immer die Kontrolle und kann den

Vertrauensvorschuss jederzeit wieder entziehen.

F. Ko-Delegation: Es sollen immer mindestens zwei Delegierte aus einer Struktur entsandt werden, die so weit wie möglich die Zusammensetzung der Gesellschaft widerspiegeln (z.B. mindestens ein*e FLINT).

G. Autonome Organisation auf allen Ebenen der gesellschaftlichen Selbstverwaltung: Gruppen, die (heute) Unterdrückung erfahren, können am besten selber für ihre Bedürfnisse eintreten. Es kann z.B. Räte oder Vollversammlungen von BIPOC, Migrant*innen, Frauen*, Queeren Menschen, Menschen mit Behinderungen oder der Jugend geben. Ihre Perspektive ist essentiell, wenn wir diese Unterdrückung überwinden wollen, also wird ihre Stimme entsprechend gewichtet.

H. Beteiligung für alle ermöglichen: um sich an den selbstverwalteten Strukturen zu beteiligen, braucht es bestimmte Fähigkeiten (z.B. argumentieren, sich verständlich ausdrücken, Verantwortung übernehmen). Das zu lernen soll Teil der Erziehung und Bildung sein und ist damit auch eine Verantwortlichkeit der Kommune. (Siehe auch Thema Jugend, Bildung und Wissenschaft) Damit sich alle gleichberechtigt beteiligen können, muss jede Arbeit, auch reproduktive Arbeit, gleicher verteilt werden. (Siehe auch Thema Arbeit)

I. Gesellschaftskonsens: Vereinbarung über geteilte Werte und Regeln aller in einer Kommune lebenden Menschen. Die Formulierung erfolgt gemeinschaftlich, die Zustimmung erfolgt informiert und freiwillig. Der Gesellschaftskonsens ist durch regelmäßige offene Foren und Umfragen (z.B. jährlich) veränderbar.

1.2 Kommune

A. Eine Kommune ist eine Gemeinschaft von Menschen. Innerhalb dieser produzieren, konsumieren und gestalten die Mitglieder ihr Leben anhand geteilter Werte und Interessen. Jedem Individuum steht es frei, sich für eine Kommune zu entscheiden und sich auch mit Individuen anderer Kommunen zu organisieren. Der Begriff Kommune soll hier nicht gleichgesetzt werden mit der heutigen Kommune, die eine Verwaltungseinheit des kapitalistischen Staates darstellt.

B. Der Kern der gesellschaftlichen Selbstverwaltung ist die Kommune. Sie soll nicht zu groß sein, um den Bezug zueinander zu behalten und Selbstbestimmung zu garantieren. Sie kann eine Nachbarschaft oder ein kleines Dorf umfassen.

C. Delegierte der Räte aller gesellschaftlichen Teilbereiche (z.B. Nachbarschaften, Betriebe, autonome Organisation, Gerechtigkeitsstrukturen) tauschen sich aus und treffen Entscheidungen mit dem imperativen Mandat ihrer Basis.

D. Transparente Entscheidungen und möglichst große lokale Beteiligung durch leicht zugängliche Protokolle und niedrighschwellige Prozesse

E. Zuständig für alle lokalen Fragen: z.B. Wohnungsbau (und -verteilung), Lebensmittelverteilung, Bildung, Gerechtigkeit, Umweltschutz, Infrastruktur, Kommunalbesitz (und Verteilung davon), Selbstverteidigung.

1.3 Konföderation

A. Konföderation: lokale Selbstverwaltungseinheiten (Kommunen) schließen sich auch überregional entsprechend gemeinsamer Interessen zusammen. Es kann verschiedene Ebenen geben. In einer größeren Stadt wie Berlin würde ein Kiez eine Kommune bilden. Diese schickt Delegierte in die Konföderation auf Bezirksebene. Hieraus können dann wieder Delegierte in die Stadtebene geschickt werden usw. Die Kommunen haben dabei einen hohen Grad an Autonomie.

B. Freie Assoziation als Grundlage für überregionale Zusammenarbeit: allen Kommunen steht es frei, Delegierte zu schicken, gemeinsam können die beteiligten Kommunen sich auf Werte oder Ansprüche an die Mitglieder der Konföderation einigen

C. Über heutige nationalstaatliche Grenzen hinaus: diese Grenzen sind oft willkürlich gezogen und durchschneiden heute Gebiete, die eigentlich gemeinsame lokale Interessen haben (z.B. ökonomische oder weil sie am gleichen Gewässer liegen) oder Gebiete mit gemeinsamer Sprache oder Kultur.

D. Dezentral: Konföderationen sind ausschließlich zuständig für Bereiche, die die kommunale Ebene übersteigen (z.B. großflächige Infrastruktur wie Stromversorgung, Wasser, Verkehr, Internet; Warentausch, ÖPNV, ggf. Gerechtigkeit und Selbstverteidigung).

E. Unterschiedlichkeit des Gesellschaftskonsenses: auch wenn die Konföderation auf geteilten Werten basiert, kann jede Kommune für sich entscheiden, wie genau das gemeinschaftliche Leben gestaltet werden soll.

2. Übergangsphase

A. Materielle Basis: Wenn wir unsere Gesellschaft selbstverwaltet organisieren wollen, muss es allen ermöglicht werden, sich daran zu beteiligen. Aber wie können wir das in einer Phase schaffen, in der wir noch von Lohnarbeit abhängig sind, wir also all diese Aufgaben in unserer „Freizeit“ erledigen müssen? Ansätze dafür könnten Konzepte gegenseitiger Unterstützung und Umverteilung sein.

B. Systemkonflikt: Sobald die Strukturen der Selbstverwaltung einen Grad von Gegenmacht darstellen, der staatliche Strukturen wirklich überflüssig macht, wird der Staat das nicht einfach hinnehmen. Was bedeutet das für die Selbstverwaltung? Wie können wir uns darauf vorbereiten?

C. Interessenskonflikte: Niemand kann zur Selbstverwaltung gezwungen werden, anders als bei anderen Gesellschaftsformen. Aber wie gehen wir damit um, wenn ein großer Teil der Menschen an einem Ort sich dafür entschieden hat, sich selbst von unten zu organisieren, es aber Institutionen oder Organisationen gibt, die zentralisierte, autoritäre oder reaktionäre Gesellschaftsmodelle durchsetzen wollen?

D. Selbstversorgung vs. Wirtschaftliche Abhängigkeit: Durch die Globalisierung und der daraus folgenden Art und Weise, wie heute weltweit die Wirtschaft organisiert ist, ist kein Ort auf der Welt in der Lage, sich völlig selbstständig zu versorgen. Völlige wirtschaftliche Selbstversorgung - Autarkie - ist sowieso schwer erreichbar und vielleicht auch nicht wünschenswert.¹⁷ Was bedeutet das also für den Fall, dass eine selbstverwaltete Gesellschaft zu Beginn nur in kleinen Gebieten aufgebaut wird? Wirtschaftlicher Austausch kann schnell zu Abhängigkeiten führen und damit als Druckmittel verwendet werden. Wie können wir das verhindern?

E. Internationale Vernetzung: Die Schlussfolgerung daraus ist, dass es langfristig nur funktionieren kann, wenn möglichst große Gebiete, oder sogar der ganze Planet, selbstverwaltet leben. Wenn wir Gegenmacht aufbauen, beginnt das meistens auf kleiner, lokaler Ebene. Wie können wir uns auf überregionaler, internationaler Ebene heute schon miteinander organisieren?

F. Stetiger Wandel vs. Stabilität: Wenn wir uns historische und aktuellere Revolutionen anschauen, gibt es Phasen von pro-aktiver Veränderung und des Aufbaus, aber auch Phasen, in denen das Bedürfnis nach Beständigkeit wächst. Gerade dann ist wichtig, die Revolution zu stabilisieren ohne sich

festzufahren, da die Gefahr besteht, wieder in alte, hierarchische Muster zu verfallen. Was ist eine gute langfristige Balance zwischen Stabilität und Beständigkeit auf der einen, und Offenheit für neue Perspektiven, Veränderung und Aufbau auf der anderen Seite?

3. Was können wir kurzfristig tun?

3.1 Gegenmacht aufbauen

A. Die Mittel bestimmen das Ergebnis, daher: Basisprinzipien der Selbstverwaltung (siehe oben) schon in heutigen gesellschaftlichen und politischen Strukturen umsetzen. Insbesondere Ko-Delegation und autonome Organisation um z.B. am Arbeitsplatz, in Vereinen, Organisationen oder Nachbarschaftsräten die Zusammensetzung der Gesellschaft widerzuspiegeln.

B. Nachbarschaftsversammlungen stärken und neue bilden: dort kann gegenseitige Hilfe organisiert werden, es können Fähigkeiten und Ressourcen geteilt werden, Menschen, die nebeneinander wohnen, können sich miteinander vernetzen anstatt dass jede*r für sich allein mit alltäglichen Problemen fertig werden muss.

B.1. Nachbarschaftsräte daraus bilden, um mittelfristig diese Nachbarschaftsversammlungen für effektivere gemeinsame Selbstorganisation zu nutzen und verschiedene Versammlungen miteinander zu konföderieren. Damit sie für die Belange aller Beteiligten eintreten, sollten sie von der Basis (also der Vollversammlung) kontrolliert werden, nicht von staatlich geförderten und zentralisierten Institutionen, wie es beispielsweise beim Quartiersmanagement passiert.

B.2. Selbstorganisierte Räume dafür nutzen, verteidigen und neue aufbauen^{18 19}

C. Selbstorganisation und -verwaltung stärken: Bestehende Initiativen, Projekte und Vollversammlungen wie Kooperativen, Arbeitskämpfe von unten, migrantische und feministische Selbstorganisation stärken und verteidigen. Strukturen der gemeinsamen Organisation verschiedener Projekte aufbauen und den Austausch untereinander fördern.

C.1. Zusammenschluss von Kollektiven und Kooperativen, um

gemeinsam eine stärkere und stabilere ökonomische Position zu erlangen und sie zugänglicher zu machen.

D. Bekämpfung von allen faschistischen Strukturen: dazu soll es Aufklärung geben über Verstrickungen zwischen faschistischen Strukturen, dem Polizei- und Militärapparat und der Verwaltung. Der NSU-Komplex²⁰, die Schwierigkeiten bei der Aufarbeitung nach dem Hanau-Attentat²¹, das Hannibal-Netzwerk und der Skandal mit dem MAD, bei dem Rechtsextreme innerhalb des Militärs vor Durchsuchungen gewarnt worden sind, zeigen, dass es tiefgehende Verstrickungen zwischen Rechtsextremen, den sogenannten ‚Sicherheitsbehörden‘ und dem Verwaltungsapparat gibt.^{22 23}

3.2 Reformen

A. Kollektive Organisation und Selbstverwaltung (am Arbeitsplatz, Wohnort usw.) gesetzlich ermöglichen: Gesetze, die kollektive Selbstverwaltung verhindern, sollen aufgehoben werden. Es soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, die genau dies ermöglicht.

A.1. Kollektives Eigentum gesetzlich ermöglichen: Rechtsformen für individuellen Besitz stehen einfach zu Verfügung. Kollektive und so anerkannte Rechtsformen gibt es aber kaum. Kollektive Initiativen haben z.B. kaum Zugang zu finanziellen Mitteln, weil sie von Banken nicht anerkannt werden.

A.2. Erweiterte und erleichterte Möglichkeit der Enteignung und Vergesellschaftung von Privatbesitz an Produktionsmitteln, Immobilien usw.: Verwaltung von diesem z.B. durch Nachbarschaftsräte oder Arbeiter*innenräte, wobei diese nicht mehr davon profitieren sollen als andere. Profite könnten investiert werden in die Ausweitung von Kooperativennetzwerken, vergesellschaftetem Wohnungsbestand etc.^{24 25 26}

A.3. Vergesellschaftung gesetzlich ermöglichen: Genauso wie Privatisierung, kann auch Vergesellschaftung gesetzlich ermöglicht sein. Die Kosten der Vergesellschaftung sollen nicht von der Gesellschaft getragen werden. Wenn enteignete Eigentümer*innen entschädigt werden sollen, heißt das, dass sie maximal ihre ursprüngliche Investition zurück bekommen (nicht den heutigen Marktpreis), mit Abzug von schon gemachten Profiten - im Fall von Insolvenzen ist Schadensfreistellung ausgeschlossen.

B. Vermögens- und Erbschaftssteuer und Enteignung von großen Summen Kapital: Mit ökonomischer Macht kommt auch politischer Einfluss. Um diesen Einfluss einzudämmen, muss die ökonomische Macht von Menschen

mit großem Vermögen beschränkt werden.

B.1 Geld, das dadurch zur Verfügung steht, soll benutzt werden für den Aufbau sozialer Infrastruktur.

B.2 Um dafür zu sorgen, dass alle gleiche Chancen haben, sich zu entwickeln und einzubringen, ist es wichtig zu verhindern, dass ein ungleicher Zugang zu Ressourcen auf nächste Generationen übertragen wird. Eine Erbschaftssteuer kann dabei helfen, die unterschiedlichen Voraussetzungen mehr anzugleichen.

C. Lobbyismus beenden: Wie in Punkt 3.2.B. (Vermögens- und Erbschaftsteuer), ist im heutigen System politischer Einfluss mit ökonomischer Macht verbunden. Um den Einfluss von Großunternehmen auf die Politik zu unterbinden ist das Ende der Lobby ein Mittel. Außerdem findet Lobbying größtenteils abseits der Öffentlichkeit und der öffentlichen Kontrolle statt und ist damit intransparent und undemokratisch. Politische Beeinflussung insgesamt lässt sich kaum verhindern, soll aber transparent und für alle zugänglich sein.

Fußnoten u. Quellen

1. Mitspracherecht unterscheidet sich von Selbstbestimmung. Man darf vielleicht mitreden, aber nicht mitentscheiden und wenn das doch der Fall ist, sind z.B. Volksentscheide meistens nur empfehlend und nicht bindend. Außerdem gibt es viele Hürden, um überhaupt einen Volksentscheid durchführen zu können.
2. Peter Gelderloos, *Anarchy Works* (2010), Kap. I. „Human Nature ‚Aren't people naturally competitive?‘“ (Buch).
3. Peter Kropotkin, *Gegenseitige Hilfe* (1902), Kap. VII. u. VIII. „Gegenseitige Hilfe in unserer Zeit.“ (Buch).
4. „Herrschaftsfreie Gesellschaften werden nicht mehr geleugnet“, Junge Welt, 08.07.2017, Wochenendbeilage (Artikel).
5. H. Amborn, *Das Recht als Hort der Anarchie. Gesellschaften ohne Herrschaft und Staat*, Matthes & Seitz, 2016 (Buch).
6. J.C. Scott, *The Art of Not Being Governed: An Anarchist History of Upland Southeast Asia*, Yale University Press, 2009 (Buch).
7. JD Winters, *The Mbuti People, Ubuntu is Life*, 26.01.2021 (<https://www.amplifyafrica.org/post/the-mbuti-people-ubuntu-is-life>) (Artikel).
8. *Rebellion, Autonomy, and Communal Self-Government in the Indigenous Municipality of Cherán, Michoacán*, Its Going Down, (Artikel u. Podcast) 2. Okt. 2020 (<https://itsgoingdown.org/rebellion-autonomy-communal-government-cheran>).
9. Peter Kropotkin, *Die Eroberung des Brotes* (1892), Kap. III „Der anarchistische Kommunismus“ (Buch).
10. Rhiannon Firth, *Mutual Aid, Anarchist Preparedness and COVID-19* (Artikel).
11. Plan C, *“At the end of the day, it's just us” – Mutual Aid, Direct Action and Disasters* (Artikel).
12. Common Ground Relief; <https://www.commongroundrelief.org> (Website).
13. Mutual Aid Disaster Relief; <https://mutualaiddisasterrelief.org> (Website).
14. Murray Bookchin, *The meaning of confederalism*, Kap. „Decentralism and Self-Sustainability“, 1976 (Artikel).
15. Ibid., Kap. „Problems of Decentralism“ (Artikel).
16. Diana Denham, C.A.S.A. Collective, *Teaching Rebellion: Stories from the Grassroots Mobilization in Oaxaca*, PM Press, 2008, Kap. „David“, S. 288 (Buch).
17. „Ohne kulturelle und politische Veränderungen im Ganzen können Dezentralisierungsprojekte, die das Gewicht auf regionale Abschottung und einen gewissen Grad an Selbstversorgung legen, zu kulturellem Provinzdenken und Chauvinismus führen. Provinzdenken kann genauso schwerwiegende Probleme hervorrufen wie eine »globale« Gesinnung, die die Einzigartigkeit der Kulturen und die Besonderheiten der Ökosysteme und ökologischen Regionen übersieht, und zudem den Wunsch nach einem humanen Gemeinschaftsleben ignoriert, das eine partizipatorische Demokratie möglich macht.“ in Murray Bookchin, *Die Bedeutung des Konfederalismus*, Kap. „Probleme der Dezentralisierung“, 1976 (Artikel); Dazu sind bestimmte Güter lokal vielleicht nicht produzierbar wegen eines Mangels an bestimmten Rohstoffen oder weil die Umstände der Produktion vor Ort ungünstig sind.
18. Kiezkommune, *Das Konzept Kiezkommune* (Artikel).
19. Kiezhause Agnes Reinhold, *Selbstverständnis* (Artikel).
20. *Analyse und Recherche*, NSU-Watch (<https://www.nsu-watch.info/category/analyse-recherche>) (Website).
21. *Angehörige und Überlebende fordern unabhängige Untersuchungskommission*, Initiative 19. Februar Hanau, März 2021 (Artikel)

22. IMI-Studie nr. 4, 4b, Informationsstelle Militarisierung e.V., Juli 2019, (<https://www.imi-online.de/publikationen/imi-studien>) (Magazine).
23. *Wie viel Staat steckt in rechten Terrorstrukturen?*, Kommunistischer Aufbau, Oktober 2019 (Broschüre)
24. Deutsche Wohnen und Co. enteignen, *Warum enteignen?* (Artikel).
25. Interventionistische Linke, *Rotes Berlin*, 2018 (Broschüre)
26. Mieter*innen für die Demokratisierung der Wohnraumversorgung, *Kommunal & selbstverwaltet wohnen*, 2018 (Broschüre)

Gerechtigkeit

Wenn wir von Gerechtigkeit sprechen, meinen wir den Umgang mit Konflikten zwischen Menschen oder Menschengruppen. Oft steht dabei die Ausübung von Gewalt im Mittelpunkt. Wir verstehen Gewalt als ein Spektrum. Sie umfasst körperliche, sexualisierte, psychische und durch Worte verursachte Verletzungen. Gewalt kann auf der Straße zwischen Unbekannten oder hinter verschlossenen Türen in den engsten Beziehungen stattfinden. Beziehungen und Netzwerke können Unterstützung leisten und gleichzeitig Orte sein, an denen Gewalt ausgeübt wird. Oft ist Gewalt aber nicht individuell, sondern steht im Zusammenhang mit Vorurteilen, nicht ausgesprochenen Normen oder diskriminierenden Gesetzen und dient dazu, diese aufrecht zu erhalten. Diese Herrschaftsverhältnisse erzeugen Gewalt, die sich nicht nur physisch ausdrückt. Das nennen wir strukturelle und institutionalisierte Gewalt.¹

Strukturelle und institutionalisierte Gewalt

In der heutigen Justiz sind nicht alle gleich, auch wenn das System es sich oft auf die Fahnen schreibt. Wer mehr Geld hat, kann sich bessere Anwält*innen leisten und wird somit eher freigesprochen oder muss nicht in den Knast, nur weil die Geldstrafe nicht gezahlt werden kann (sogenannte Ersatzfreiheitsstrafe). Wenn Menschen dafür bestraft werden, dass sie arm sind, ist das Klassismus. Für viele Schwarze Menschen und People of Color gehört es zum Alltag „verdachtsunabhängig“ von der Polizei kontrolliert und gedemütigt zu werden (Racial Profiling).^{2, 3} Feminizide werden als Einzelfälle verharmlost, anstatt sie als gesellschaftliches Problem zu sehen und Vergewaltigungen in der Ehe werden oft nicht als solche benannt.^{4, 5} Und die Institutionen, die hinter all dem stehen – Justiz, Ämter, Polizei, Verfassungsschutz, etc. – sind unangreifbar.

Gleichzeitig spielt Eigentum oft eine wichtigere Rolle als das Wohl aller Menschen. Die meisten Gefangenen in der BRD sitzen wegen Eigentumsdelikten⁶, wie einfacher Ladendiebstahl oder Bahn fahren ohne Ticket^{7, 8}, hinter Gittern. Knäste und andere Formen des Einsperrens (Lager, Abschiebezentren, Zwangspsychiatrie u.a.) isolieren, entmündigen, beuten aus, passen an und töten.^{9, 10, 11}

Gewaltenteilung und Gesetze

In vielen heutigen Gesellschaften gibt es eine Gewaltenteilung. Diese ergibt Sinn um die Macht, über die Lösung von Konflikten zu entscheiden (Judikative), physische Gewalt auszuüben (Exekutive) und Regeln zu geben

(Legislative), nicht in dem gleichen Kreis von Personen zu konzentrieren. In der kapitalistischen Gesellschaft gibt es aber dennoch ein klares Machtmonopol in den einzelnen Bereichen und auch die Trennung bleibt nicht immer ganz klar (z.B. wenn Polizei, Geheimdienste und Justiz zusammenarbeiten).¹²

Größere Konflikte werden selten innerhalb der Gesellschaft unter den Beteiligten gelöst. Es wird sich darauf verlassen, dass einzelne Personen über langjährige Schicksale von Menschen richten (Judikative). Wenn Menschen sich selbst gegen Gewalt verteidigen, passiert es schnell, dass sie dafür verurteilt werden. Denn das Monopol für physische Gewalt liegt bei Polizei und Militär (Exekutive).¹³ Gesetze werden im Parlament verabschiedet, wobei eine Beteiligung der Gesellschaft kaum möglich ist (Legislative).

Gesetze sind nicht das gleiche wie moralische Grundsätze. Letztere haben einen informelleren Charakter und werden von Menschen untereinander verhandelt und durchgesetzt. Moralische Grundsätze sind nicht überall und zu jeder Zeit gleich. Sie unterscheiden sich von Gemeinschaft zu Gemeinschaft. Werden sie bewusst als Alternative und auf den Grundsätzen von Solidarität und Emanzipation entwickelt, können sie zu mehr Gerechtigkeit führen.¹⁴ Oft sind sie aber von Herrschaftsverhältnissen durchzogen und bleiben unhinterfragt. Daher haben sie viel Einfluss auf unseren moralischen Kompass und machen es uns schwer alternative Vorstellungen von Gerechtigkeit zu entwickeln. Es gibt Überschneidungen zwischen moralischen Grundsätzen und Gesetzen, weshalb es uns bei diesen Gesetzen richtiger erscheint sie zu befolgen (z.B. nicht töten).¹⁵ Gleichzeitig gibt es Gesetze, die solidarischen Werten entgegenstehen (z.B. die Kriminalisierung von Migration und Flucht). Diese Art von Gesetzen ist für uns schwer nachvollziehbar, weil sie nicht in unserem, sondern im Interesse von Staaten und Profit gemacht sind.

In der heutigen Gesellschaft geht es also nicht darum, dass wir uns an Gesetze halten, weil wir diese sinnvoll finden. Oder dass wir uns, wenn wir Gewalt ausüben, damit auseinandersetzen können, woher dieses Verhalten kommt und was wir daran ändern können. Die Hauptmotivation sich an Gesetze zu halten, die nicht unseren Werten entsprechen, ist Angst vor den Konsequenzen. Dass diese äußere, durch Angst getriebene Motivation solidarische Verhaltensweisen erschwert, ist in der heutigen Gesellschaft sichtbar.

„Öffentliche Ordnung“ und Polizei

Die Idee der staatlich geregelten „Öffentlichen Ordnung“ entwickelte sich zusammen mit dem Kapitalismus in Europa. Bäuer*innen und Handwerker*innen waren durch Verschuldung und Enteignung gezwungen in die Städte zu ziehen. Dort begaben sie sich jedoch nicht freiwillig in abhängige

Lohnarbeit. Betteln, Sexarbeit, Diebstahl, Raub und das Umherziehen von Ort zu Ort dienten der Lebenserhaltung. Gleichzeitig entzogen sich Menschen auf diese Weise der staatlichen Kontrolle. Um die Gefahr von Aufständen zu senken und Menschen in die Lohnarbeit und somit die kapitalistische Ordnung zu zwingen, wurden diese unabhängigen Überlebensstrategien kriminalisiert und bestraft. Es war die sich entwickelnde Polizei, die dafür sorgte, dass Menschen gefangen genommen wurden, um in Arbeitshäusern und auf Schiffen Zwangsarbeit zu verrichten.¹⁶

Gleichzeitig entstanden staatliche Strukturen und Institutionen. Gemeinsam mit einem Wandel von religiösen und philosophischen Werten waren sie die Grundlage für eine tief sitzende Selbstdisziplinierung. Diese bewirkte über den Verlauf von Jahrhunderten einen gesellschaftlichen Wandel, in dem die Menschen kapitalistische Normen und Verhaltensweisen weitgehend internalisierten und als „menschliche Natur“ akzeptierten. Die massenhafte Ausübung von Gewalt durch eine herrschende Klasse wurde dabei nicht aufgegeben. Zusätzlich sorgten pseudowissenschaftliche Theorien dafür, dass arme Menschen und marginalisierte Gruppen von Natur aus als „kriminell“ angesehen wurden und somit auch ohne Grund gezielt überwacht und verfolgt werden konnten. Im 19. Jahrhundert kontrollierte die Polizei daher vor allem von armen Menschen bewohnte Stadtteile und konzentrierte sich auf die blutige Niederschlagung von Streiks.¹⁷ Methoden zur Kontrolle und Überwachung wurden in deutschen Kolonien weiterentwickelt¹⁸, während die Polizei im Nationalsozialismus unter anderem Jüd*innen, Rom*nja und Sinti*zze¹⁹ (Sieh ‚Antirassismus & Dekolonialisierung‘) rassistisch verfolgte.²⁰

Die heutigen Arbeits- und Denkweisen der deutschen Polizei bauen genau auf diesen diskriminierenden Mustern auf. Auch heute werden vor allem Gegenden, in denen viele migrantische und arme Menschen leben, zu sogenannten „kriminalitätsbelasteten Orten“ erklärt.²¹

Aufgabe der Polizei und des Justizsystems ist somit nicht der Schutz aller Menschen, sondern der Schutz der jeweils aktuellen Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse. Polizeigewalt und Rassismus sind keine Einzelfälle oder individuelles Fehlverhalten, sondern die strukturelle Basis der Polizei und des Justizsystems.²²

Menschenverständnis

Oft wird behauptet, die Menschen seien an sich böse und deshalb brauche es harte Gesetze, um sie zu kontrollieren. Wir denken aber, dass das menschliche Denken und Handeln von den jeweiligen Erfahrungen und materiellen Lebensumständen geprägt ist. In einer Gesellschaft, in der alle Zugang zu guten Lebensbedingungen haben und gewaltvolle Unterdrückungsverhältnisse

und Beziehungen immer weiter abgebaut werden, eröffnen sich ganz andere Möglichkeiten der Persönlichkeitsentwicklung. Das soll nicht heißen, dass die Menschen von sich aus gut seien. Das ist etwas, das wir nur durch ernsthafte Auseinandersetzung mit uns selbst und mit viel Geduld herausfinden können. Wir gehen davon aus, dass Menschen sich selbst bis ins hohe Alter verändern und lernen können. Dabei gibt es uns Hoffnung zu sehen, wie Menschen sich auch heute, trotz der auf Konkurrenz und Strafe basierenden Ordnung, kooperativ verhalten und sich gegenseitig unterstützen.^{23, 24}

Was wollen wir anders machen?

Wir sind überzeugt, dass es in einer klassenlosen Gesellschaft, die auf Solidarität und gegenseitiger Hilfe basiert, weniger Gewalt geben wird. Viele heute kriminalisierte Handlungen werden weniger Raum einnehmen. Wenn durch die Abschaffung des Eigentums die Grundbedürfnisse aller Menschen abgedeckt sind, wird es auch weniger Konflikte um Besitz geben. Die Gewalt wird jedoch nicht von einem auf den anderen Tag aufhören und es wird immer Konflikte geben, wenn Menschen zusammenleben.²⁵ Also brauchen wir konkrete Ideen, wie wir damit langfristig umgehen können. Um nicht wieder in alte Strukturen zu verfallen, sollten diese auf anderen Grundwerten aufbauen (siehe Einleitung Programm).

Im Mittelpunkt stehen dabei gegenseitige Verantwortlichkeit und die bewusste Einigung auf gemeinsame Vereinbarungen. Wenn wir Konflikte lösen wollen, sollte nicht die Verletzung von abstrakten Regeln im Vordergrund stehen, sondern die konkreten Handlungen von Personen und die Frage, was der Ursprung dieser Handlungen ist. Gleichzeitig muss uns bewusster werden, dass von Gewalt betroffene Menschen die Möglichkeit haben zu handeln.

Konfliktlösung sollte nicht mehr die Sache von einigen wenigen professionellen Menschen sein, sondern kollektiv getragen werden. Um dies zu ermöglichen, muss Konfliktlösung ein wesentlicher Bestandteil unserer Bildung werden.²⁶

Selbst dann noch wird es Konflikte geben, die nicht einfach untereinander gelöst werden können. Deshalb haben wir uns erste Ansätze für Konzepte und Strukturen zur Konfliktlösung in einer befreiten Gesellschaft und den Umgang mit zwischenmenschlicher Gewalt überlegt und bereits existierende Konzepte zusammengetragen.

Die vorgeschlagenen Strukturen sind bewusst unabhängig von staatlichen Institutionen. Sie basieren darauf, dass alle in einer Gemeinschaft lebenden Personen sich freiwillig daran beteiligen und den gemeinsamen Grundsätzen informiert zustimmen.

Zugrunde liegende Konzepte

Awareness bedeutet bewusst und achtsam sein. Es geht darum Strukturen zu schaffen, die in akuten Situationen von übergriffigem Verhalten und Diskriminierung ansprechbar und handlungsfähig sind. Awareness-Konzepte benennen Machtstrukturen (z.B. Rassismus, Patriarchat und Klassismus) im Verhalten von Personen, Strukturen und Institutionen, um sie aktiv zu verändern. Im Fokus steht dabei die betroffene Person und ihre Wünsche. Dafür sind drei Prinzipien wichtig:

- 1. Definitionsmacht:** Jeder Mensch kann nur für sich selbst eigene Grenzen setzen und Erfahrungen definieren.²⁷
- 2. Parteilichkeit:** Vollständige, nicht hinterfragende Solidarität mit der betroffenen Person und deren Definition der Grenzüberschreitung.
- 3. Vertraulichkeit:** Keine Handlung wird ohne den Wunsch der betroffenen Person vorgenommen. Dies gilt auch für die Weitergabe von Informationen.^{28, 29}

In einem längeren Prozess, der auf eine Grenzüberschreitung folgen kann, ist es ratsam andere Konzepte anzuwenden, die die gewaltausübende Person und deren Perspektive miteinschließen. Diese Konzepte können Kollektive Verantwortungsübernahme, Transformative Gerechtigkeit und Intersektionalität sein³⁰:

Kollektive Verantwortungsübernahme (“Community Accountability“)^{31,32,33}: Es geht darum, schon vor einer konkreten Gewaltausübung stabile Beziehungen und starke Gemeinschaften mit gemeinsamen Werten und Visionen (= communities) und Unterstützungsgruppen für betroffene und gewaltausübende Personen aufzubauen. Gewalt wird weniger als individuell, sondern mehr als systematisch verstanden.

Transformative Gerechtigkeit („Transformative Justice,“)^{34, 35, 36, 37}: Es handelt sich um einen gemeinschaftlich unterstützten Prozess. Die Gewalt ausübende Person soll Verantwortung übernehmen und ihr Verhalten und ihre Einstellungen dauerhaft verändern, anstatt bestraft oder ausgestoßen zu werden. Dies beinhaltet, die Gewalt zu beenden und bedingungslos anzuerkennen. Die von Gewalt betroffene Person soll sich (wieder) sicher fühlen und ihr Leben selbstbestimmt führen können. Weil Gewalt als strukturell betrachtet wird, sollen die gesellschaftlichen Bedingungen dafür verändert werden. Auch bei diesem Konzept werden gemeinschaftliche Werte und Praktiken entwickelt, die gegen Gewalt und Unterdrückung gerichtet sind.

Intersektionalität bedeutet, dass Menschen von verschiedenen sozialen Kategorien der Ungleichheit und den darauf basierenden Diskriminierungsformen gleichzeitig betroffen sein können. Diese lassen sich nicht voneinander trennen. Daraus entstehen dann neue Diskriminierungsformen, welche teilweise keine eigene Bezeichnung haben. Deshalb macht jede Person spezifische Erfahrungen, welche wiederum konkrete Auswirkungen auf gesellschaftliche Zugänge und Ausschlüsse haben.^{38, 39}

1. Wo wollen wir langfristig hin?

1.1 Grundsätze

A. Gemeinschaftliche Verantwortung und Veränderung statt Bestrafung: Veränderung von Überzeugungen und Denkmustern, die die Grundlage unseres Verhaltens sind, passiert nicht durch Angst vor Strafe oder in Isolation, sondern durch intensive Auseinandersetzung damit.

B. Konfliktlösung ist die Grundlage für das Funktionieren von Gemeinschaften und soll daher nicht „nebenbei“ passieren. Alle in einer Kommune lebenden Menschen sind mitverantwortlich.

C. Prozesse der Veränderung brauchen Zeit und bedeuten Arbeit. Personen, die diesen Prozess unterstützen, muss das ermöglicht werden.

D. Konflikte um Besitz: Wenn z.B. Diebstahl notwendig wird, dann deutet das meist auf ein kollektives Versagen hin, z.B. wegen ungleicher Verteilung. Die Veränderung der Kommune soll hier im Vordergrund stehen, statt nur ein individuelles Problem zu suchen.

E. Bedingungslose Ansprechbarkeit: Die Gerechtigkeitsstrukturen sind für alle Menschen ansprechbar. Alle Menschen werden angehört, unabhängig von z.B. Alter oder psychischer und mentaler Verfassung.

1.2 Dauerhafte Konzentration von Macht verhindern⁴⁰

A. Trennung von Verantwortungsbereichen: Es gibt eine klare Trennung zwischen den Strukturen akuter Konfliktintervention (Einschreiten), kurz- bis langfristiger Konfliktbearbeitung und emotionaler Unterstützung, sowie den Verantwortlichen für das Zusammentragen des Gesellschaftskonsenses (siehe Punkt 1.2 C Gesellschaftskonsens).

B. Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht: Personen, die Teil der Gerechtigkeits- und Interventionsstrukturen (siehe Punkt 1.3 Struktur) sind, erfüllen zeitlich befristet eine Aufgabe. Sie sind immer verantwortlich für ihr Handeln und können dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Dafür gibt es sowohl interne Kontrollmechanismen (z.B. regelmäßige Supervision, Selbstreflexion, Gruppenreflexion, Anfertigung von Berichten), als auch unabhängige, für alle einfach zugängliche Beschwerdemöglichkeiten. Neben lokalen Vollversammlungen (siehe Programmteil Selbstverwaltung) als offener Beschwerdestelle werden weitere nach Bedarf entwickelt.

C. Gesellschaftskonsens: Gerechtigkeits- und Interventionsstrukturen erhalten ihre Legitimität durch einen Gesellschaftskonsens. Dieser ist eine Sammlung der Vereinbarungen aller in einer Kommune lebenden Menschen, Ergebnis eines Aushandlungsprozesses und durch regelmäßige Foren veränderbar (siehe Programmteil Selbstverwaltung). Hier kann sich auf klare Grenzen der Handlungsmöglichkeiten verschiedener Strukturen geeinigt werden.

1.3 Struktur:

A. Ansprechpersonen für Konflikte (Awareness-Strukturen) sind die kleinsten lokalen Einheiten der Gerechtigkeitsstrukturen. Sie sollten in jedem Lebensbereich (z.B. Hausgemeinschaft, Arbeitsplatz, öffentliche Plätze) rund um die Uhr ansprechbar sein. Sie sind in akuten Situationen vor allem zuständig für die unmittelbare emotionale Unterstützung der betroffenen Person(en) und bieten einen Schutzraum. Wenn Konflikte nicht direkt gelöst werden können, wenden sich die Beteiligten an Gerechtigkeitskommissionen. Die Awareness-Strukturen sind nicht für physisches Eingreifen (z.B. Festhalten) verantwortlich.

B. Gerechtigkeitskommissionen sind auch Teil der Gerechtigkeitsstrukturen und in einem größeren Gebiet (z.B. der jeweiligen Kommune) für die langfristige Bearbeitung von Konflikten zuständig. Eine Voraussetzung ist deshalb, dass sie sich intensiv zum Thema Konfliktlösungsmethoden gebildet haben. Bei Konflikten, in denen es um zwischenmenschliche Gewalt geht, arbeiten sie sowohl mit den Betroffenen, als auch mit den Gewalt ausübenden Personen und deren Unterstützungskreisen zusammen und orientieren sich dabei an den oben beschriebenen Konzepten.

C. Interventions-Teams sind für physisches Eingreifen verantwortlich und Teil der Selbstverteidigungsstrukturen (siehe Programmteil Selbstverteidigung). Priorität sollte immer eine mündliche Klärung von Konfliktsituationen

sein, daher arbeiten sie mit den Awareness-Strukturen zusammen (sind z.B. immer zusammen unterwegs). Dabei entscheiden die Personen der Awareness-Strukturen, wann die Interventions-Teams eingreifen sollen. Den Vertrauensvorschluss physische Gewalt auszuüben, können sie nur durch die Gemeinschaft erhalten. Trotzdem besteht die Gefahr eines Machtmonopols oder Machtmissbrauchs. Deshalb sind klare Grenzen und Kontrollmechanismen hier besonders wichtig. Dürfen sie z.B. eine Person einsperren, deren Verhalten eine akute Gefahr für das Leben anderer darstellt, bis die Gerechtigkeitskommission kontaktiert wird?

D. Gerechtigkeitsforum: Kann von den Beteiligten eines Konfliktes, der jeweiligen Gerechtigkeitskommission oder den zugehörigen Vollversammlungen oder Räten einberufen werden, wenn ein Konflikt die Grenzen der Gerechtigkeitskommission überschreitet. Es ist auch zuständig für Konflikte zwischen verschiedenen Kommunen.

D1. Aufbau des Gerechtigkeitsforums könnte so aussehen: es sind alle am Konflikt beteiligten Personen anwesend, außerdem Delegierte der jeweils Beteiligten und weiterer Gerechtigkeitskommissionen sowie ggf. Delegierte autonomer Strukturen (siehe Programmteil Selbstverwaltung). Außerdem kann es feste Funktionen geben, die dafür da sind, Struktur zu geben (z.B. Moderation, Ablauf, Protokoll). Diese werden von Menschen zeitlich begrenzt, die nicht an der Entscheidung beteiligt sind.

D2. Öffentlich: auch nicht direkt am Konflikt Beteiligte können mitreden oder zumindest immer zuhören. Die am Konflikt beteiligten Personen und ihre Unterstützungskreise haben mehr Mitspracherecht.

D3. Gemeinsame Entscheidungen: je nachdem ob es um einen Konflikt zwischen Personengruppen oder Einzelpersonen geht, sollten möglichst viele direkt oder indirekt Beteiligte mitentscheiden können. Sollte dies nicht gelingen, können die Delegierten der Gerechtigkeitskommissionen und autonomen Strukturen Entscheidungen treffen. Bei diesen Entscheidungen geht es um den Schutz der von Gewalt betroffenen Person(en) und der Ermöglichung des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

E. Welche Entscheidungen können von Awareness-Strukturen, Gerechtigkeitskommissionen und Gerechtigkeitsforen getroffen werden und wie viel Zwang darf eingesetzt werden, um diese Entscheidungen durchzusetzen? Das sollte im Gesellschaftskonsens gemeinsam festgelegt

werden und ist dementsprechend nicht in allen Kommunen gleich. Jede Kommune sollte klären, ob dort Personen eingesperrt werden dürfen; wie sie sich gegenüber Menschen verhalten, die lange keine Bereitschaft zur Veränderung ihres gewalttätigen Verhaltens zeigen; ob und ab wann sie einen Ausschluss aus der Kommune für gerechtfertigt halten und wie die getroffenen Entscheidungen angefochten werden können.

BEISPIEL *Person X und Person Y, die sich eine Wohnung teilen, haben einen Streit, bei dem X anfängt, Y zu schlagen. Das Awareness-Team des Häuserblocks würde hier dafür sorgen, dass Y aus der Situation rauskommt, indem sie z.B. X auffordern die Wohnung zu verlassen oder Y in die Räume der Gerechtigkeitsstrukturen begleiten. Für den Fall, dass X auch nach Aufforderung weiter gewalttätig ist, kann das lokale Interventions-Team einschreiten. Um die Wurzel des Konflikts zu lösen (Wieso haben sich die beiden gestritten? Woher kommt das gewaltausübende Verhalten von X? Was braucht Y, um sich in der Wohnung wieder sicher zu fühlen?) ist in den nächsten Tagen/ Wochen/ Monaten die Gerechtigkeitskommission des Kiezes zuständig.*

2. Übergangsphase

A. Gewaltvolle Verhältnisse überwinden: Wie oben beschrieben gehen wir davon aus, dass es langfristig weniger Gewalt geben wird. Heute befinden wir uns in einem Kreislauf, in dem gewaltausübende Menschen oftmals eigene Gewalterfahrungen gemacht haben. Um diesen Kreislauf zu durchbrechen ist eine Transformation der gesamten Gesellschaft notwendig. Was heißt das aber für die Übergangsphase, in der wir alle diese gewalttätigen Verhältnisse noch in uns tragen und reproduzieren? Anders als in der Logik des strafenden Staates denken wir nicht, dass wir staatliche Zwänge brauchen, um Menschen „im Zaum“ zu halten. Der Mensch an sich ist nicht „böse“ und ohne Staat werden wir nicht sofort in einer „Mad-Max-Gesellschaft“ enden. Um die „guten“ Seiten hervorzuheben, also nach und nach eine weniger gewaltvolle Gesellschaft aufzubauen, müssen würdevolle Lebensbedingungen für alle ermöglicht werden.⁴¹

B. Polizei abschaffen ... und dann? Mindestens so lange wie wir die Gewalt dieses Systems in uns tragen, wird es Strukturen brauchen, die einschreiten und Konflikte begleiten können. Damit die von uns vorgeschlagenen Strukturen dafür sorgen, dass wir die Polizei und das Justizsystem abschaffen können, müssen sie aber von einer Mehrheit der Gesellschaft anerkannt werden, die sich aktiv daran beteiligt.⁴²

C. Entstehung alternativer Strukturen wird durch die Abwesenheit staatlicher Gewaltstrukturen begünstigt: Das sehen wir z.B. daran, dass Transformative Gerechtigkeit ihren Ursprung in marginalisierten Communities in den USA hat, in denen es keine Option ist, die Polizei zu rufen. Oder am Awareness-Konzept, das aus dem Bedarf entstand, auch in linken Räumen Strukturen der Gewaltprävention zu haben, die intersektionale Konzepte miteinbeziehen und unabhängig vom Staat sind.

D. Bildung zu Gerechtigkeit: Um diese neuen Konzepte zu verinnerlichen, weiterzuentwickeln und auf einer immer breiteren gesellschaftlichen Ebene umzusetzen, sind zugängliche Bildungsangebote in einer Übergangsphase besonders wichtig.

E. Aufarbeitung der Verbrechen, die im Kapitalismus begangen wurden: Wie kann ein Umgang mit Täter*innen (z.B. militärische Befehlshaber*innen, Diktator*innen oder gewissenlose Unternehmer*innen) aussehen? Wie gehen wir mit dem Widerspruch zwischen dem nachvollziehbaren Bedürfnis nach Rache gegenüber den Verantwortlichen für das heutige Leid und dem Glauben, dass jede Person sich verändern kann, um? Und was ist mit den „kleinen Rädchen im Getriebe“? Also Menschen, die heute z.B. im Jugendamt, Jobcenter oder BAMF („Bundesamt für Migration und Flucht“) arbeiten und Menschen dort bewusst schikanieren und diskriminieren? Es ist für uns klar, dass heutige staatliche Funktionsträger*innen keine Entscheidungspositionen oder die Legitimität zur Gewaltausübung bekommen sollten. Gleichzeitig können wir nicht alle, die sich nicht verändern wollen, ausschließen, denn daraus kann sich schnell eine Konterrevolution bilden.

3. Was können wir kurzfristig tun?

3.1 Gegenmacht aufbauen

A. Ansprechpersonen für Konflikte (Awareness-Strukturen): Die Strukturen, die es bereits gibt, sollen gestärkt und neue aufgebaut werden. In allen größeren Organisationen und Gemeinschaften, z.B. am Arbeitsplatz, in Gruppen, Vereinen und in Hausgemeinschaften sollte es Ansprechpersonen für Konflikte geben.

B. Städteweite Gerechtigkeitskommissionen können zeitweise gebildet werden, wenn z.B. Konflikte zwischen Personen aus verschiedenen Gruppen und Communities auftreten. Dafür sollten sich u.a. Delegierte der verschiedenen Awareness-Strukturen zusammensetzen.

C. Aufbau von selbstverwalteten Schutz- und Unterstützungskonzepten: z.B. Kiez- und Hausschutz gegen faschistische Angriffe oder sexualisierte Übergriffe (siehe Programmteil Selbstverteidigung).

D. Autonome Beratungsangebote und Anlaufstellen stärken und neue aufbauen, die für die Betroffenen von Gewalt und Diskriminierung da sind. DanebensolltenauchAnlaufstellenoderGruppenfürdieAuseinandersetzung mit eigenem gewaltausübendem Verhalten (alternative Täter*innenarbeit) aufgebaut werden.

E. UnsichtbarkeitundVereinzlungüberwinden:Raumfürgemeinschaftlichen Austausch über erlebte Gewalt schaffen. Themen wie rassistische, sexistische und andere strukturelle Gewalt sichtbar machen. Eigenverantwortliche Auseinandersetzung mit den eigenen Privilegien (siehe Programmteile Antirassismus & Dekolonialisierung, Feminismus) z.B. durch regelmäßige Bildung und Reflexion an Arbeitsplätzen, in Bildungseinrichtungen, in Wohngemeinschaften und in Gruppen. Anerkennen, dass alle potenzielle Täter*innen sind.

F. Entwicklung einer „Eingreif-Kultur“: Viel zu oft erleben wir, wie zwischenmenschliche Gewalt im öffentlichen Raum ausgeübt wird und die meisten Menschen wegschauen. Es reicht nicht, wenn vereinzelt Menschen lernen, einzugreifen. Es muss selbstverständlich sein, dass in solchen Situationen immer Unterstützung für die betroffenen Personen gewährleistet wird. Ein Anfang könnten Öffentlichkeitskampagnen sein, um mehr Aufmerksamkeit zu schaffen.

G. Aufbau breiter, selbstorganisierter Geldtöpfe⁴³: Wenn viele in diese Töpfe

das einzahlen, was sie übrighaben, können z.B. Ersatzfreiheitsstrafen⁴⁴ und Untersuchungshaft verhindert werden, indem die Kosten oder die Kaution kollektiv getragen werden.

H. Existierende unabhängige Strukturen und Konzepte zur Gewaltprävention stärken: z.B. akzeptierende Drogenarbeit, Theater- und Medienprojekte, Streetwork. Teil davon zu sein ermöglicht zu erfahren, welche Herausforderungen es gibt und wie viel Kraft es geben kann, sich gegenseitig auf Augenhöhe zu unterstützen.

3.2 Reformen

Gesetze, Sicherheits- und Justizbehörden sowie andere Zwangseinrichtungen (z.B. Lager, Zwangspsychiatrien und Heime) sind nicht grundlegend reformierbar, denn sie dienen dazu bestehende Verhältnisse zu schützen (siehe Einleitung). Das mittelfristige Ziel ist die Abschaffung dieser Institutionen, vor allem der Polizei.⁴⁵ Gleichzeitig brauchen wir sofortige Maßnahmen, um Kriminalisierung, Mord und Gewalt z.B. durch die Polizei zu verhindern. Kurzfristig ausgerichtete Reformen und der Aufbau alternativer, langfristig ausgerichteter Gerechtigkeitsstrukturen müssen sich nicht widersprechen.⁴⁶

Gesetze

A. Abschaffung aller gesetzlichen Grundlagen für strukturelle Gewalt, z.B. ein Ende der Kriminalisierung von Sexarbeit⁴⁷ und Abtreibungen⁴⁸, von Ersatzfreiheitsstrafen⁴⁹, sowie von sogenannten „verdachtsunabhängigen Kontrollen“, die Racial Profiling⁵⁰ ermöglichen. Einführung des selbstbestimmten Geschlechtseintrags⁵¹ und Streichung des Betäubungsmittelgesetzes.

B. Abschaffung aller rassistischen Sondergesetze und Konzepte⁵², z.B. des „Aufenthaltsgesetzes“⁵³, indem neben vielen rassistischen Maßnahmen auch die Residenzpflicht festgelegt ist oder von Konzepten wie „Clankriminalität“.⁵⁴

Polizei und Sicherheitsbehörden

C. Unabhängige Kontroll- und Ermittlungsinstanz für Polizei und andere Sicherheitsbehörden durch Delegierte aus Betroffenengruppen, unabhängigen Beratungsstellen und zu diesem Thema arbeitenden Organisationen.⁵⁵

D. Defund the Police: Abzug finanzieller Mittel von der Polizei. Umverteilung z.B. in sozialen Wohnungsbau, Gesundheitsversorgung und Bildungswesen.⁵⁶

E. Stopp geplanter und Rücknahme erweiterter Polizeibefugnisse, sowie von Aufrüstungen (Waffen, Technologie) und Gesetzesverschärfungen der letzten Jahre.⁵⁷

F. Keine Polizei bei psychischen Krisen: Entwicklung von Konzepten zur unabhängigen Intervention bei psychischen Krisen, Gewalt in Beziehungen und Familie, sowie keine Zusammenarbeit sozialer Einrichtungen mit der Polizei.⁵⁸

G. Aufklärung aller Todesfälle in Gewahrsam und Entwicklung von Mechanismen zu deren Verhinderung. Die Mehrheit der Betroffenen tödlicher Gewalt im Knast oder in Polizeigewahrsam sind nicht weiß.⁵⁹

Andere Institutionen

H. Regelmäßige Schulungen in allen öffentlichen Institutionen: Strukturelle und institutionelle Gewalt und Unterdrückung verschwinden nicht von allein. Es bedarf gezielter Schulungen und Sensibilisierung z.B. an Schulen, in Ämtern und im Gesundheitswesen.

I. Unabhängige Beschwerdemöglichkeiten in allen öffentlichen Institutionen.

Fußnoten u. Quellen

1. LesMigraS, *Unser Gewaltverständnis*, LesMigraS Antidiskriminierungs- und Antigewaltbereich der Lesbenberatung Berlin e.V., 2015 (Definition)
2. *Rassistische Polizeigewalt in Europa*, Arte, 2020 (Video)
3. *Die Berliner Kampagne: Ban! Racial Profiling – Gefährliche Orte abschaffen!*, Stellungnahme, KOP – Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt, 2017 (Artikel)
4. Netzwerk gegen feminizide – wir wollen uns lebend (Internetseite)
5. Kiezkommune, *Feminizid, was ist das nochmal?!*, kiezkommune.noblogs, 2021 (Artikel)
6. Statistisches Bundesamt (Destatis), *Rechtspflege – Strafvollzug– Demographische und kriminologische Merkmale der Strafgefangenen zum Stichtag 31.3.2018*, 2018 (Statistik)
7. Naturfreunde Jugend Berlin, *Entknastung!*, 2021 (Artikel)
8. KNAS - Initiative für den Rückbau von Gefängnissen (Internetseite)
9. kaos, Offenes anarchistisches Treffen in München, *Die Rolle der Gefängnisse innerhalb der Gesellschaft*, 2018 (Broschüre)
10. Anarchist Black Cross, *Agitation And Action, Eine Einführung in die Knast-Kritik*, (Artikel)
11. August O'Claire, *Take your Mark, Get Ready, Ablate: 3 positions against prisons*, (Broschüre)
12. Anna Luczak, *Kontrolle von Polizeihandeln: Schwierige Wege führen selten zum Ziel*, Cilip, 2019 (verschriftlichter Vortrag)
13. Prozessbericht vom 18.2.2021 / Justizwatch & Culture of Deportation, *VG Stuttgart legitimiert rassistische Polizeigewalt in Ellwangen und gibt Freibrief für Razzien in Erstaufnahmezentren ab 6 Uhr morgens*, KOP – Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt, 2021 (Artikel)
14. ¿Zapalotta?, ¿Wer sind die Zapatistas?, 2021 (Artikel)
15. Ein wichtiger Aspekt ist hierbei der Einfluss von Religionen, insbesondere die durch Kolonialismus und Missionierung gewalttätig durchgesetzte Dominanz christlicher Wertvorstellungen. Diese ist auch in vermeintlich nicht-religiösen Staaten, wie Deutschland sehr wirksam.
16. Silvia Federici, *Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation*, 2020, 7. Auflage, Mandelbaum Kritik & Utopie (Buch).
17. Lea Pilone, *Frieden für die Obrigkeit*, Analyse & Kritik, 2021 (Artikel)
18. Deutschland verübte in seiner Kolonie, dem heutigen Namibia, einen Genozid an den Herrero und Nama. Im Zuge dessen wurden die ersten deutschen Konzentrationslager errichtet; Jephtha Nguherimo, *Völkermord an Herero und Nama: Entschuldigung genügt nicht*, 2021 (Artikel)
19. Diese rassistische und antisemitische Verfolgung setzt sich nicht nur heute fort, sondern hat eine lange institutionelle und strukturelle Geschichte in Europa
20. Nelli Tügel & Jan Ole Arps, »Wir müssen uns aus dem polizeilichen Blick herausarbeiten«, Analyse & Kritik, 2020 (Artikel)
21. KOP Berlin, *Racial Profiling – Alltäglicher Ausnahmezustand – Ein Gespräch mit Betroffenen*, KOP Berlin Youtube-Kanal, 2020 (Video)
22. In diesem Podcast geht es u.a. auch um die Entstehung der Polizei in den USA im Kontext der Aufrechterhaltung von Versklavung. Radio Dreyeckland, *Sicherheit für wen?! Institutionalisierte Diskriminierung in der Polizeiarbeit und alternative Ansätze – Eine Podcastreihe*, 2021 (Podcast)
23. Hillary Lazar, *Love, Care, and Mutual Aid as Community Self-Defense, Life, Freedom & Ethics: Kropotkin Now!* (Day 2, Saturday Sessions 1A & 2A), ab 3h 57m, 2021 (Video-Aufzeichnung)

24. Lee Dugatkin, *Kropotkin's Law of Mutual Aid: An Evolutionary Perspective, Freedom & Ethics: Kropotkin Now!* (Day 1, Friday Sessions 1 & 2), ab 2h 58m, 2021 (Video-Aufzeichnung).
25. Georges Fontenis, *Manifesto of Libertarian Communism*, Kapitel: „Defence of the Revolution“, 1953 (Manifest)
26. Konsens lernen (Internetseite mit vielen Materialien)
27. Das schließt alle Personen mit ein, die an einer Konfliktsituation beteiligt sind und heißt nicht, dass aufgrund der Definition einer einzelnen Person Andere bestraft werden
28. Ann Wieselent, *Antisexistische Awareness – Ein Handbuch*, Unrast-Verlag, 2017, S. 7-26 (Buch)
29. Ann Wieselent, *Antisexistische Awareness – Vortrag und Diskussion mit Ann Wieselent*, AStA der JLU Giessen, 2021 (Vortrag)
30. Diese bereits in der Praxis gelebten Alternativen sind innerhalb von Communities entwickelt worden, die gleichzeitig mit verschiedensten Formen staatlicher, gesellschaftlicher und zwischenmenschlicher Gewalt konfrontiert sind: z.B. Schwarze Frauen*, nichtbinäre oder illegalisierte Menschen. Auch Konzepte und Bewegungen zur Abschaffung der Polizei und Gefängnisse wurden und werden von diesen Communities geprägt.
31. The Barnard Center for Research on Women, *What is Accountability?*, BCRW Videos, 2018 (Video)
32. Transformative Justice.eu (Internetseite)
33. Melanie Brazzell (Hrsg.), *Was macht uns wirklich sicher? Toolkit für Aktivist_innen*, S. 4-10, 2017 (Toolkit)
34. *Gedanken über gemeinschaftliche Hilfe in Fällen von intimer Gewalt* (Broschüre)
35. Awareretz und ignite! Kollektiv, *Transformative Gerechtigkeit & Kollektive Verantwortungübernahme – Ein Diskussionsbeitrag*, Archive.org, 2021 (Broschüre)
36. What Really Makes Us Safe? Transnational Transformative Justice Project (Internetseite)
37. Ann Wieselent, *Antisexistische Awareness – Ein Handbuch*, Unrast-Verlag, 2017, S. 57-78 (Buch)
38. LesMigraS, *Was ist Mehrfachzugehörigkeit und Mehrfachdiskriminierung?*, LesMigraS Antidiskriminierungs- und Antigewaltbereich der Lesbenberatung Berlin e.V., 2012 (Definition)
39. Ann Wieselent, *Antisexistische Awareness – Ein Handbuch*, Unrast-Verlag, 2017, S. 79-86 (Buch)
40. CrimethInc., *Fire Extinguishers and Fire Starters – Anarchist Interventions in the #SpanishRevolution, an account from Barcelona*, Abschnitt: „Grave Errors of the Protagonists of the Central Assembly“, 2011 (Artikel)
41. Vanessa E. Thompson & Daniel Loick im Gespräch mit Simone Miller, *Philosophie des Abolitionismus. Gewalt nicht mit Gewalt beantworten*, 2021 (Audiobeitrag)
42. Ein konkretes Konzept zur Abschaffung der Polizei sowie umfassende Daten zur aktuellen Polizeiarbeit in Sachsen hat Copwatch Leipzig entwickelt und zusammengestellt; Copwatch Leipzig, *Hier & Jetzt: Solidarität statt Polizei – Ein Konzept zur Abschaffung der Polizei in Deutschland*, 2021 (Konzept)
43. Ähnlich wie das Konzept der Roten Hilfe, nur unabhängig vom explizit aktionistischen Charakter der Bestrafung. „Die Rote Hilfe ist eine Solidaritätsorganisation, die politisch Verfolgte aus dem linken Spektrum unterstützt.“; Rote Hilfe e.V, *Wer ist die Rote Hilfe?* (Internetseite)
44. Ein bereits existierendes Beispiel für solch einen Fonds ist der Freiheitsfond. Dieser „befreit deutschlandweit Menschen aus dem Gefängnis, die wegen ‚Fahren ohne Fahrschein‘ hinter Gittern sind“; Freiheitsfonds - Raus aus der JVA (Internetseite), <https://freiheitsfonds.de>
45. Alex Vitale, *The Growing Crisis in Policing: In Conversation with Alex Vitale*, It's Going

- Down, 2021 (Podcast)
46. Michèle Winkler & Benjamin Derin, *#Polizeiproblem abschaffen? – Einführende Skizzen zur Kritik der Polizei*, Cilip, 2021 (Artikel)
47. Hydra – Treffpunkt und Beratungsstelle zu Sexarbeit und Prostitution (Internetseite).
48. „What the Fuck!?“ Bündnis (Internetseite)
49. Kampagne zur Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe (Internetseite)
50. Bafta Sarbo, *Wie polizeiliches Racial Profiling Rassismus anheizt*, Analyse & Kritik, 2020, (Artikel)
51. Bundesverband Trans* e.V., Sechs Forderungen für eine gelungene TSG-Nachfolgeregelung, 2021 (Forderungskatalog).
52. akj-berlin, *Die gesetzliche Diskriminierungsfalle: Diskriminierende Kontrollen und Aufenthaltsgesetzgebung*, Cilip, 2013 (Artikel)
53. „Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet“ (Gesetzestext)
54. Bafta Sarbo, *Wie polizeiliches Racial Profiling Rassismus anheizt*, Analyse & Kritik, 2020, (Artikel)
55. #EntnazifizierungJetzt (Internetseite).
56. Melanie Brazzell & Vanessa Thompson, #111 „Defund the Police“: *Eine Welt ohne Polizei – geht das?*, Dissens Podcast, 2021 (Podcast)
57. Dirk Burczyk, Aufgaben- und Befugniszuwachs für die Bundespolizei, Cilip, 2021 (Artikel)
58. Johanna Mohrfeldt (ReachOut), *Kein Einzelfall – Rassistische Kriminalisierung von Jugendlichen durch die Polizei, Berlin Rechtsaußen – Der Berlin-Blog vom apabiz*, 2020 (Artikel)
59. Kampagne „Death in Custody“ (Internetseite)

Weitere Gruppen und weiterführende Infos

- Gefangenen-Gewerkschaft Bundesweite Organisation
- Anarchist Black Cross Berlin
- Criminals for Freedom – Gemeinsam rebellisch, gemeinsam gefährlich
- Radio Durchbruch – Widerständiges und aktives Antiknastradio

Leseempfehlung

- Angela Davis, *Are prisons obsolete?*, 2003
- Michel Foucault, *Überwachen und Strafen*, 1975 (Buch)
- Larry Tifft und Dennis Sullivan, *Struggle to be Human: Crime, Criminology and Anarchism*, 1980 (Buch)

Wohnen

Einleitung

Sicherer und angemessener Wohnraum ist ein wichtiges Grundbedürfnis für die meisten Menschen. Die Wohnung sollte ein Ort der Sicherheit und Erholung sein. Aktuell wird Wohnraum vor allem in größeren Städten aber zunehmend dafür genutzt, wirtschaftliche Gewinne zu erzielen. Dadurch kommt es zu immer weiter steigenden Mieten und Grundstückspreisen und zur Verdrängung von Menschen.¹

Wie entsteht dieser Widerspruch? Um das zu beantworten, müssen wir einen Blick auf unser ökonomisches System werfen und die Eigentumsfrage stellen. Der Privatbesitz von Dingen, die zum Leben notwendig sind (wie Wohnraum), kann in einem ökonomischen System, das auf finanzielle Gewinne ausgerichtet ist, nur dazu führen, dass diese Dinge zur Verkaufsware werden. In der Praxis bedeutet das, dass der eigentliche Zweck des Gebrauchsgegenstands – in diesem Fall Wohnen – nur zweitrangig ist und dass die Gewinnerzielung im Mittelpunkt steht.

Immobilienunternehmen und Spekulant*innen kaufen gezielt Wohnungen, Häuser und Flächen auf, um diese gewinnbringend zu nutzen. Ihnen geht es nicht darum, dass alle Menschen guten und sicheren Wohnraum haben. Ihr Hauptinteresse gilt dem Profit. Auch die Stadtplanung hat oft den Fokus darauf, möglichst attraktive Standorte für Konzerne zu schaffen. So entstehen z.B. neue Baugebiete für Bürogebäude und Luxuswohnungen, Plätze werden privatisiert und Orte oder Stadtteile für Tourist*innen aufgewertet. Menschen, die nicht ins Straßenbild passen, werden aktiv vertrieben. Diese Art von Stadtplanung dient dazu, Kapital in Form von Tourist*innen, internationalen Unternehmen oder vielversprechenden Startups und deren gutverdienende Angestellte anzuziehen.

Aufseiten der Nutzer*innen gibt es drei verschiedene Gruppen: Zum Einen Haus- oder Wohnungseigentümer*innen, die ihren eigenen Wohnraum nicht nur nutzen, sondern auch besitzen; zum Anderen Mieter*innen, die

1. Die folgende Analyse und das vorliegende Programm ist für viele Gegenden in Deutschland und auch über die Landesgrenzen hinaus gültig. Da die meisten von uns aber in Berlin leben, ist insbesondere die Analyse aus der Perspektive einer Gruppe geschrieben, die in einer Großstadt lebt. Die Situation in ländlichen Regionen kann sehr anders aussehen und bedarf einer weitergehenden Analyse.

keinen Wohnraum besitzen und für einen meist monatlichen Betrag an die Eigentümer*innen das Recht erhalten, dort zu wohnen; und als drittes Bewohner*innen von Lagern, Zwangseinrichtungen oder Heimen. Wenn auch in unterschiedlicher Form sind alle drei Gruppen durch den Wohnungsmarkt betroffen. Eigentümer*innen müssen sich zum Kauf oder Bau oft verschulden. Sie zahlen meist für 20 oder 30 Jahre einen Kredit bei einer Bank ab, der dazu führt, dass sie quasi zu Mieter*innen bei der Bank werden. So verloren viele Menschen in der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 ihr Zuhause, weil sie die Kredite wegen geringerem Einkommen oder gestiegenen Zinsen nicht mehr bedienen konnten. Außerdem haben sie den Nachteil, dass sie mit dem Kauf einer Immobilie weniger mobil sind und ihren Wohnraum nur schwieriger an ihre Lebenssituation anpassen können. So leben aktuell immer mehr ältere Menschen, deren Kinder ausgezogen sind, in Häusern, die viel zu groß für sie sind.

In ländlichen Regionen überwiegt die Anzahl der Eigentümer*innen, in Städten dagegen leben in Deutschland überwiegend Mieter*innen.² Diese sind weitaus mehr Problemen ausgeliefert. Nicht nur zahlen sie ein Großteil ihres Einkommens³ an den*die Vermieter*in, zudem verfügen sie kaum über Entscheidungsmöglichkeiten über ihren Wohnraum. Dazu kommt, besonders in Großstädten, ein immer weiter steigender Verdrängungsdruck. Um höhere Profite erzielen zu können, werden besonders Haushalte mit niedrigem Einkommen immer weiter, vor allem aus den Innenstädten, verdrängt. Dazu kommt die Verdrängung aus dem Lebensstandard – das heißt, Mieter*innen sparen an anderen Stellen (können sich z.B. keinen Urlaub mehr leisten) oder müssen immer mehr arbeiten, um sich ihre Wohnung leisten zu können. Zuletzt gibt es eine ausschließende Verdrängung: Besonders die Neuvermietungspreise steigen so stark, dass einige Stadtteile für Menschen mit geringeren Einkommen nicht bezahlbar sind. Alle drei Arten führen dazu, dass besonders in Arbeiter*innenvierteln ganze Nachbarschaften verdrängt und Milieus zerstört werden.

Darunter zu leiden haben auch Menschen, die in Situationen sind, in denen sie noch rechtloser sind als Mieter*innen. Geflüchtete oder Obdachlose müssen oft in lagerähnlichen Zuständen leben, in denen sie kaum selbst über ihren Wohnraum entscheiden können.⁴ Hier sind meist Wohnbedingungen

2. In europäischen Vergleich ist Deutschland das Land der Mieter*innen Nummer 1. Über die Hälfte der Bevölkerung lebte 2021 zur Miete, das ist der höchste Wert in der EU (Statistisches Bundesamt 2022). In den Städten ist das Verhältnis noch deutlicher: In Berlin bspw. Lebten 2019 76% der Einwohner*innen zur Miete (Statista 2023).

3. Im Durchschnitt geben Mieter*innen in Deutschland ein Viertel ihres Einkommens für die Miete aus, in Berlin liegt die Quote sogar bei 30% (dpa 2023).

4. Hier als Beispiel eine Kritik am Zustand der Geflüchtetenunterkünfte in Berlin aus dem

vorzufinden, die gesundheitsgefährdend sind, nicht langfristig sicher und oft auch die Freiheit der Bewohner*innen stark einschränken.

Viele Menschen erleben aus diesen Gründen eine starke Verunsicherung und permanenten Stress: Jederzeit kann eine Mieterhöhung, Modernisierungsmitteilung, undurchsichtige Betriebskostenabrechnung oder Verkaufsnachricht im Briefkasten liegen. Diese existenziellen Sorgen sind keine Einzelfälle, sondern betreffen einen großen Teil der Menschen in Städten bis in die Mittelschicht. Es handelt sich außerdem nicht um das unmoralische Fehlverhalten einzelner Unternehmen, sondern um ein strukturelles Problem, weil Wohnraum als eine Ware betrachtet wird. Und dies ist nicht erst seit Kurzem so.

Berlin und auch das Umland ist besonders von Verdrängung und steigenden Mieten betroffen. Noch bis vor wenigen Jahren war es eine der deutschen Städte mit besonders niedrigem Einkommen und günstigen Mieten. Im Prenzlauer Berg wurde jedoch schon kurz nach der Wende vom Staat mit der Aufwertung und Privatisierung ehemaliger DDR-Bestände begonnen. Die Folge war die erste große Welle der Verdrängung. Sie wurde weiter angetrieben durch die große Privatisierung kommunaler Wohnungen 2005 unter dem rot-roten Senat. Nach der Finanzkrise 2008 investierten immer mehr Aktienkonzerne in sichere Anlagen – das sogenannte Betongold entstand. Daraufhin wurde Verdrängung und Gentrifizierung⁵ zum allübergreifenden Problem, das alle Stadtteile erreichte. So sind zwischen 2008 und 2018 die Neuvermietungspreise in ganz Europa nirgends schneller gestiegen als in Berlin, in Stadtteilen wie Neukölln waren es über 100 % Erhöhung. Allein 2022 stiegen die Preise um weitere 27 %, sodass Berlin heute die zweitteuersten Mieten nach München hat. All das geht einher mit massiver Verdrängung, die unsichtbar oder als sichtbare Gewalt wie bei Zwangsräumungen passiert. Folgen davon sind die Zerstörung des eigenen Umfelds und die Verschlechterung der Lebensumstände durch lange Wege. Bei Zwangsräumungen reichen die Folgen nicht selten bis hin zu psychischen Erkrankungen, Obdachlosigkeit und Suizid.

Als Lösung für die Wohnungskrise wird durch die Immobilienlobby und viele

Jahr 2023: <https://fluechtlingsrat-berlin.de/presseerklaerung/19-09-2023-beschwerden-aus-dem-lagerkomplex-auf-dem-ex-flughafen-tegel-bestaetigen-katastrophale-zustaende>

5. Unter Gentrifizierung versteht man im Wesentlichen Veränderungsprozesse, die vier Merkmale bestimmen: Die Soziale Aufwertung eines Stadtteils, also den Austausch einer ärmeren Bewohner*innenschaft durch eine reichere; die bauliche Aufwertung (Sanierung, Wohnqualität, Umwandlung Miet- in Eigentumswohnungen etc.); die gewerbliche Aufwertung sowie die symbolische Aufwertung, also ein kultureller Wandel, der zu einer positiveren öffentlichen Wahrnehmung und Bewertung führt. (Vgl. z.B. Üblacker 2018) Dieser Prozess führt zu einer Verdrängung der lohnabhängigen, armen Klassen aus bestimmten Gebieten, in Berlin z.B. aus der Innenstadt.

Politiker*innen meist der Neubau als Allheilmittel genannt. Aktuell profitieren davon vor allem die Bauunternehmen und die Investor*innen, die den Baugrund besitzen. Es entstehen jedoch sehr wenige Wohnungen für arme Menschen. Stattdessen werden exklusive Eigentumswohnungen und teure Eigenheime gebaut. So sind bspw. in Hamburg in den letzten Jahren mehr Wohnungen entstanden, als gebraucht werden. Durch die Eigentumsverhältnisse sind die Mietpreise trotzdem gestiegen. Dazu kommt, dass die Baubranche noch immer einen starken Einfluss auf den Klimawandel hat: Gerade durch die Verwendung von Zement wird viel CO² freigesetzt. Auch die Arbeitsbedingungen auf den Baustellen sind oft besonders schlecht. Gleichzeitig werden durch Verdichtungsprojekte in den Städten freie und kostenlos zugängliche Flächen, die zum Durchatmen, als Gemeinschaftsgärten oder Orte des Zusammenlebens gebraucht werden, zerstört oder bekommen einen gewerblichen Zweck.

Umso wichtiger ist es, ganz grundlegend die Frage nach Eigentum und Miete zu stellen. Wir müssen an der Wurzel ansetzen: Um die Wohnungsfrage zu lösen, müssen wir das Eigentum an Wohnraum überwinden. Die Häuser und das Land gehören in die kollektiven Hände derer, die sie nutzen. Sie müssen nach Bedarf verteilt werden, nicht danach, wer sie durch Glück und Erbe besitzt. Sie gehören aber auch nicht in die Hand des Staates, der in der Vergangenheit oft genug gezeigt hat, dass er eine Gefahr für die Bedürfnisse der Mieter*innen darstellt. So haben schon viele Kämpfe von Mieter*innen erreicht, dass Häuser in kommunalen Besitz kamen. Diese Form des Eigentums und die zentrale Bündelung von Macht in den Händen staatlicher Behörden ist jedoch anfällig für Machtübernahmen: So wurden, wie in Berlin, kommunale Häuser unter einer Folgerregierung häufig wieder privatisiert. Außerdem müssen die Bewohner*innen und ihre direkten Nachbar*innen über den Wohnraum und das drumherum entscheiden können. Sie sind es, die ihn nutzen und brauchen, nicht Politiker*innen oder Investor*innen. Deshalb kämpfen wir für die Selbstverwaltung des Wohnraums.

Diese Forderung nach einer Selbstverwaltung durch die Bewohnenden ist nicht neu. Bereits im 19. Jahrhundert (Pariser Commune 1871) waren sich Menschen der Ungerechtigkeit von Mietzahlung bewusst. Sie fragten sich:

„Wer arbeitet, um die Wohnungen zu errichten? Warum ist eine Wohnung in bestimmten Gebieten einer Stadt teurer als in anderen? Warum können sich nur wirtschaftlich reiche Menschen eine Wohnung in attraktiven Gegenden mit einer gut ausgebauten Infrastruktur leisten? Warum sollte eine einzige Person eine Wohnung mit fünf Zimmern bewohnen, wenn eine 5-köpfige Familie in einer

schimmelige Einzimmer-Kellerwohnung leben muss?“

Eben diese Fragen wollen wir zurück in das allgemeine Bewusstsein holen – und die Selbstverwaltung unserer Häuser, Kieze und Städte erkämpfen.

1. Wo wollen wir langfristig hin?

1.1 Grundsätze (Eigentum und Besitz)

A. Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Es ist wichtig, dass dieses Grundbedürfnis erfüllt wird. Es darf nicht möglich sein, mit Wohnraum ökonomische Gewinne zu machen. Deshalb muss das Eigentum an Wohnraum abgeschafft werden.

B. Wohnungslosigkeit ist somit ein kollektives Versagen. Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind nicht nötig. Es gäbe genügend Wohnraum, würde dieser anders verteilt und bedingungslos zur Verfügung gestellt werden.

C. Der Gebrauchswert ‚Wohnraum‘ ist zentral, es gibt keinen Eigentumsanspruch daran. Das heißt, wer die Wohnung zum Wohnen oder das Objekt zum Arbeiten nutzt, hat einen Anspruch darauf. Die Angemessenheit richtet sich nach dem Bedarf der Bewohner*innen. Wohnraum wird nicht mehr automatisch vererbt.

D. Alle (städtisch/ländlich) Außenflächen sind im Gemeinbesitz. Je nach Nutzung sind sie öffentlich oder für eine bestimmte Zielgruppe begehbar. So soll es zum Beispiel Kollektivgärten geben, in denen eine Gruppe an Menschen Gemüse und Obst anbaut, Draußenkindergärten, aber auch genug öffentliche Grünanlagen. Besonders in der Stadt sind diese ein wertvoller Teil des Alltags: Entspannung, Bewegung, landwirtschaftliche Nutzung. Sie sollen allen Menschen offen stehen.

1.2. Selbstverwaltung

Vom eigenen Haus bis zur kommunalen Selbstverwaltung

A. Die Selbstverwaltung wird von unten nach oben aufgebaut. Das heißt, wir organisieren uns in kleinen Gemeinschaften, zum Beispiel in Hausgemeinschaften, und organisieren uns rätendemokratisch im Kiez, auf Stadtebene (kommunale Ebene) und darüber hinaus.

B. Alle Entscheidungen, die die Bewohner*innen eines Hauses (und nur sie) betreffen, werden im Haus getroffen. Gemeint sind hier u.a. Form des

Zusammenlebens und der Hausverwaltung, bauliche Veränderungen und Renovierungen.

C. Die kommunale Verwaltung kümmert sich um die Verteilung des Wohnraumes und die Verwaltung der öffentlichen Flächen. Die kommunale Verwaltung wird getragen von den Nachbarschaftsräten und Hausgemeinschaften, in denen die Bewohner*innen organisiert sind (siehe Gerechtigkeitskapitel des Programms). Sie ist zuständig für das Ausgleichen unterschiedlicher lokaler Gegebenheiten (z.B. Lage, Infrastruktur, Zustand der Gebäude).

D. Die Selbstverwaltung der Bewohner*innen kann ergänzt werden durch Strukturen auf kommunaler Ebene, die bei Umbau, Wartung, Reparatur etc. beraten und unterstützen.

Instandhaltung und Neubau

E. Heruntergewirtschaftete Häuser werden, sofern es geht, instandgesetzt. Statt Häuser abzureißen, wenn sie nicht mehr rentabel sind, sollen Häuser nachhaltig instandgesetzt werden. Kriterien für die Entscheidung über Abriss oder Renovierung sind der Gebrauchswert für die Nachbarschaft und die ökologische Nutzungsberechnung.

F. Häuser und Wohnungen sollen energetisch modernisiert werden. Das heißt, dass die Häuser nach nachhaltigen Kriterien saniert werden. Die Energieversorgung wird auf ökologische Energien umgestellt, die Häuser so gut es geht energieneutral gedämmt.

G. Über den Neubau von Gebäuden wird auf der kommunalen Verwaltungsebene entschieden. Die Kommunalräte entscheiden nach sozialen und ökologischen Faktoren über Neubauten. Der Bestand an Freiflächen wird in die Entscheidung miteinbezogen (wie viel und in welcher Lage gibt es noch Freiflächen, Biodiversität der Umgebung, Klimaanpassung nach den Kriterien Abwasser/Temperatur).

H. Die Architektur der Gebäude und die Stadtplanung insgesamt ermöglicht ein gemeinschaftliches Zusammenleben. Das heißt, dass für verschiedene Lebensformen Platz geschaffen werden soll (Kommunen, Wohngemeinschaften, Einzelwohnungen usw.).

Wohnraumverteilung

I. Ursprüngliche Umverteilung: Je nach Bedarf wird der Wohnraum umverteilt bzw. werden Wohnhäuser umgebaut. Zu große Wohnungen werden aufgeteilt und Menschen, die in zu beengten Verhältnissen (oder ohne Wohnung) gelebt haben, bekommen einen größeren Wohnraum zugesprochen. Die Angestellten der ehemaligen Wohnungsunternehmen (Instandhaltung, Wartung, Verwaltung etc.) können neue, gemeinschaftlich organisierte Betriebe formen. Sie setzen ihre Arbeit fort und können ihr Wissen und ihre Erfahrung bei der Umverteilung der Wohnungen einsetzen. Die Betriebe sind jedoch nicht mehr gewinnorientiert. Diese Betriebe sind gemeinsam mit den Bewohner*innen und Kommunen für die Instandhaltung und eventuellen Neubau verantwortlich.

J. Alle Wohnungen befinden sich in einem kollektiven Kreislaufsystem. Sie werden nach dem wechselnden Bedarf der Menschen und Wohngemeinschaften getauscht und umverteilt. Bei der Verteilung von Wohnraum wird explizit auf Kriterien wie Barrierefreiheit, Assistenzbedarf und Art des Zusammenlebens (Kommune, Wohngemeinschaft, Familie, Alleinwohnend) geachtet.

K. Die Koordination und Organisation der Wohnraumverteilung liegt im Verantwortungsbereich der jeweiligen Kommune. Die Kommune hat den Überblick über die zur Verfügung stehenden Wohnungen, die Nachfrage und die jeweiligen Bedürfnisse der Wohnungssuchenden. Sie hat eine ‚Wissensfunktion‘ (Sammeln von Informationen) und außerdem eine ausführende Funktion.

L. Schutzräume und assistierte Wohnformen sind leicht zugänglich, ohne lange bürokratische Prozedere. Gemeint sind hier sichere Wohnungen für von Gewalt und Diskriminierung betroffene Menschen und Formen des assistierten Wohnens (Einzelfallhilfen, Altersunterstützungen, betreute Jugend-WGs usw.).

M. Das Angebot von Wohnungen wird vergrößert, indem:

M.1 Leerstehende Wohnungen und Häuser nutzbar gemacht werden.

M.2 Ferienwohnungen (Airbnb & Co.) in Wohnungen umgewandelt werden.

M.3 Wohnraum besser verteilt wird und große Wohnungen, in denen wenig Menschen leben, bedarfsorientiert von mehr Menschen genutzt bzw. baulich verändert werden. Bei der Verteilung von Wohnungen

wird explizit auf Kriterien wie Barrierefreiheit, Assistenzbedarf und Art des Zusammenlebens (Kommune, Wohngemeinschaft, Familie, Alleinwohnend) geachtet.

Wohnkonzepte

N. Unterschiedliche Wohnformen werden durch neue architektonische Ansätze ermöglicht (Mehrgenerationshäuser, Alter-WGs, alternative Familienmodelle, Einzelwohnungen etc.).

O. Bestehende Wohnungen müssen möglichst barrierefrei gemacht werden. Ist dies nicht möglich, sollten zumindest die Wohnungen im Erdgeschoss barrierefrei gemacht werden.

P. Freiflächen und Grünflächen werden geschützt. Konzepte der städtischen Landwirtschaft werden weiter entwickelt und zugänglich gemacht. Versiegelte Flächen sollen effizienter genutzt werden (z.B. Flachbauten erhöhen, Mehrparteienhäuser statt Einfamilienhäusern) oder entsiegelt werden.

2. Übergangsphase

Über direkte Mietkämpfe eine Organisierung schaffen, die immer weiter wächst – um schließlich die Häuser zu übernehmen.

A. Wohnraum darf keine Ware sein: Um die Probleme auf dem Wohnungsmarkt zu lösen, ist langfristig nur die Abschaffung des profitorientierten Wohnungsmarktes eine Lösung.

B. Das heißt Vergesellschaftung: Sprich die Häuser in die Hand der Gesellschaft oder ihrer Bewohner*innen zu bringen. Doch wie kommen wir dahin?

2.1 Wege zur Vergesellschaftung von unten

A. Die Grenzen staatlicher Verwaltung: Warum Vergesellschaftung von unten und keine staatliche Verwaltung vom Wohnungsmarkt? Die kommunale Verwaltung von Wohnraum bringt große Probleme mit sich, wie z.B. eine politische Abhängigkeit von der jeweiligen Regierung – das zeigen alleine schon die landeseigenen Berliner Immobilienkonzerne. Hier

herrscht trotz (oder auch wegen) des staatlichen Eigentums seit Jahren ein Verwertungsdruck und Mieter*innen werden anonym verwaltet. Deshalb braucht es eine Enteignung von unten, durch die Mieter*innen selbst und in gesellschaftliche, sprich Mieter*innenhand.

B. Basisorganisation: Anarchokommunistische und anarchosyndikalistische Ansätze aus der Welt der Arbeitskämpfe lassen sich zum Teil auch auf den Bereich Wohnen übertragen. Als Grundlage zum Aufbau von Gegenmacht braucht es eine Basisorganisation auf mehreren Ebenen:

B.1: in den Häusern (z.B. über Hausräte)

B.2: eine Vernetzung nach Eigentümer*innen oder nach Stadtvierteln (basierend auf schon existierenden Organisationen).

B.3: ein Zusammenschluss der Vernetzungen in einer Mieter*innengewerkschaft oder einer ähnlichen Organisation

C. Selbstverwaltung vorleben und Kämpfe intensivieren: Durch die Organisation auf der kleinsten Ebene im Haus können schon viele Erfahrungen von Selbstverwaltung durch die Bewohner*innen gemacht werden. Durch zunehmende Gegenmacht werden schrittweise Veränderungen möglich. Auf Kämpfe, die eine gemeinsame Gestaltung des Hinterhofs ermöglichen, können Kämpfe gegen hohe Nebenkosten folgen, bis hin zu kollektiven Mietbegrenzungen durch den Zusammenschluss von vielen Häusern. So verändert sich das Machtverhältnis gegenüber Vermieter*innen und kollektive Gegenmacht wird erleb- und spürbar. Gesichert und festgehalten werden könnten diese z.B. über Tarifverträge mit den Eigentümer*innen. Offen ist, wie sich das Kapital und der Staat verhalten wird, wenn wir unsere Kämpfe intensivieren. Was passiert im Zuge einer Kapitalflucht? Wie kann womöglich der Staat im Zuge einer Zuspitzung mit einer Verstaatlichung die Selbstverwaltung verunmöglichen?

D. Als ein Meilenstein können Mietstreiks als kollektives Mittel eingesetzt werden. Dabei verweigern Mieter*innen in einem Konflikt (z.B. über eine Mieterhöhung) die Mietzahlung für einen bestimmten Zeitraum. So üben sie auf einem neuen Niveau Druck auf die Eigentümer*innen aus. Als Grundlage dafür braucht es eine hohe Beteiligung, stabile Organisation und womöglich auch einen rechtlichen Schutzrahmen.

E. Enteignung: In einer revolutionären Situation oder einer Zuspitzung des Konflikts bei einer Hausverwaltung oder in einem Stadtteil, und wenn die Bewegung die notwendige Stärke und Verankerung besitzt, können die Mieter*innen ihr Haus übernehmen. Die Frage bleibt offen, welche

Auswirkungen eine Enteignung solch großer Kapitalbestände auf andere Bereiche hat und wie der Staat und das Kapital darauf reagieren werden.

E.1 Menschen, die mehrere Wohnungen als Eigentum haben, werden diese Wohnungen abgenommen. Auf diese Weise wird verhindert, dass Menschen ihr Einkommen aus den Mietzahlungen anderer Menschen bekommen. Wohnungen werden dem Kreislauf aus Verwertung und Profit entzogen. Dies bezieht sich auf Immobilienunternehmen, aber auch auf individuelle Eigentümer*innen mehrerer Wohnungen.

E.2 Menschen, die in einer eigenen Eigentumswohnung leben, verlieren nicht das Recht und die Sicherheit in dieser zu wohnen (,Besitz'). Sie verlieren nur den Status des Eigentums. Die bestehenden Schulden (Hypotheken) werden komplett erlassen. Eine Frage die bleibt ist, wie Nutzungsrechte identifiziert und bestimmt werden.

2.2 Struktur der Selbstverwaltung

A. Basis: Durch die Organisierung in unrevolutionären Zeiten gibt es eine Basis, die die Selbstverwaltung unterstützt. Die Einbindung aller Bewohner*innen wird angestrebt.

B. Organe der Selbstverwaltung: Hausräte, Vernetzungen nach Eigentümer*innen und/oder eine Mieter*innengewerkschaft übernehmen die Selbstverwaltung. Sie kümmern sich um Instandhaltung, Pflege und Vergabe des Wohnraums. Die Verteilung richtet sich nach dem Bedarf der Bewohner*innen.

C. Kommune: In Häusern oder Vierteln ohne vorherige Organisierung kann die Kommune die Aufgabe der Verwaltung mitübernehmen. Ziel ist es, Schritt für Schritt eine Wohnraumverteilung wie im gleichnamigen Kapitel (1.2 I-M) zu etablieren. Das Wissen der Angestellten der Hausverwaltungen soll weiter genutzt werden, ihre Einbindung in die Selbstverwaltung ist sinnvoll.

3. Was können wir kurzfristig tun?

3.1 Gegenmacht aufbauen

A. Basisorganisierungen aufbauen, wie z.B. Mieter*innengewerkschaften und Stadtteilvernetzungen.

B. Soziale Einfügung in bestehende Kämpfe: Konkrete Mietkämpfe führen und gewinnen, um dabei Gegenmacht aufzubauen, z.B. durch (Teil-)Mietstreiks für Reparaturen oder gegen Mieterhöhungen. Die Wahl der Mittel muss unter Berücksichtigung der Lebensumstände der Bewohner*innen erfolgen.

C. Kämpfe um Enteignung von Immobilienunternehmen und den Erlass von bestehenden Hypothekenschulden unterstützen. Eigentumswohnungen in kollektives Eigentum umwandeln.

3.2 Reformen

A. Sofortiger Stopp der Zerstörung von Wohnraum und Orten des sozialen Lebens; Stopp der Verdrängung von Bewohner*innen.

A.1 Alle Zwangsräumungen stoppen.

A.2 Entkriminalisierung und Erhalt aller Besetzungen von Gewerberäumen, Wohnungen, Häusern und Flächen.

A.3 Unkomplizierte und schnelle Umsetzung ausstehender und verschleppter Instandsetzungen.

A.4 Bedrohte soziale Infrastruktur und soziale Zentren erhalten bezahlbare Mieten oder Mietfreiheit.

B. Wohnraum und Nutzflächen dem Markt entziehen.

B.1 Umwandlungen in Eigentumswohnungen, den Neubau von Luxusbauten, Luxusmodernisierungen sowie Privatisierungen städtischer Flächen und Gebäude sofort stoppen.

B.2 Laufende Bauvorhaben und leerstehende Gebäude in unbefristeten sozialen Wohnungsbau umwandeln.

B.3 Immobilienunternehmen enteignen und Überführung in kollektive Verwaltung

B.4 Wohnraum und soziale Infrastruktur hat Priorität: Wenn Wohnraummangel herrscht, Umwandlung von Airbnb oder ähnlichen Ferienwohnungen, Hotels, Büroräumen etc.

B.5 Wirksamer und unbefristeter Mietendeckel mit drastischer Senkung der aktuellen Bestandsmieten.

B.6 Sofortige Bereitstellung von Wohnungen und unterstützender Infrastruktur für wohnungs- und obdachlose Menschen. Dies gilt

bedingungslos und z.B. nach dem Housing–First-Prinzip.⁶

B.7 Mieterleichterungen bis -erlassungen für soziale und selbstverwaltete kulturelle Infrastruktur (Kitas, Beratungsstellen, geschützte Wohnungen, Museen, Jugendklubs etc.).

B.8 Strukturen wie das Miethäusersyndikat stärken, die Wohnraum dem Markt entziehen.

C. Kollektive Mietrechte stärken.

C.1 Rechtliche Anerkennung von Hausgemeinschaften gegenüber Vermieter*innen, kollektive Rechte für Hausgemeinschaften vor Gerichten. Wenn alle das gleiche Problem teilen, wie z.B. ein defekter Fahrstuhl, müssen Hausgemeinschaften als Kollektiv klagen und die Miete mindern können.

C.2 Mitbestimmungsrecht für Hausgemeinschaften bei Renovierungen, Umbauten, Mieterhöhungen etc.

C.3 Rechtliche Anerkennung von Tarfmietverträgen für Gewerkschaftsmitglieder.

C.4 Legalisierung von Mietstreiks.

Literaturempfehlungen

Im Text angegebene Quellen

- Dpa (2023): Bei neuen Mietverträgen: Wohnkosten verschlingen in Berlin durchschnittlich ein Drittel der Einkommen, Der Tagesspiegel Online, 2023.
- Statista (2023): Mietwohnungs- und Eigentumsquoten nach Städten, Statista, [online] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1245932/umfrage/anteil-der-miet-und-eigentumswohnungen-in-deutschen-staedten/> [29.12.2023].
- Statistisches Bundesamt (2022): EU-Vergleich: Deutschland Mieterland Nummer 1 – Statistisches Bundesamt, [online] <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Soziales-Lebensbedingungen/Mieteranteil.html> [29.12.2023].
- Üblacker, Jan (2018): Gentrifizierungsforschung in Deutschland, Budrich UniPress, doi: 10.3224/86388783.

6. Das housing first Prinzip ist auch in linken Kreisen nicht unumstritten. Für eine weitere Auseinandersetzung siehe z.B. (Willse 2010).

- Willse, Craig (2010): Neo-liberal biopolitics and the invention of chronic homelessness, in: *Economy and Society*, Jg. 39, Nr. 2, S. 155–184, doi: 10.1080/03085141003620139.

Tipps zum Weiterlesen

- Broschüre: Das Rote Berlin (2018) von der Interventionistischen Linken: <https://interventionistische-linke.org/beitrag/das-rote-berlin>
- Blog: Kommunal, selbstverwaltet wohnen (2018) vom Bündnis Kommunal & selbstverwaltet wohnen
- Buch: The Housingmonster (2012), von prole.info
- Statistiken über Eigentumsverhältnisse: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/155713/umfrage/anteil-der-buerger-mit-wohneigentum-nach-bundesland/#professional>
- Entwicklung die Mietspiegel-preisen pro Stadt in Deutschland: <https://www.wohnungsboerse.net/mietspiegel-mietpreise>

Beispiele für radikaldemokratische oder utopische Projekte/ Ideen

- Berliner Mieter*innengewerkschaft: <https://mg-berlin.org>
- Schwedische Mieter*innen-Gewerkschaft Hyresgästföreningen: <https://www.sozialismus.info/2020/02/schweden-miete-wird-kollektiv-verhandelt>
- Die London Renters Union, eine der größten Mieter*innengewerkschaften Europas: <https://londonrentersunion.org> oder in Barcelona: <https://sindicatdellogateres.org> oder in Los Angeles: <https://latenantsunion.org/en>
- Deutsche Wohnen und Co Enteignen: <https://dwenteignen.de>
- Das ‚Rote Wien‘ in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, mehr Infos zum Beispiel hier: <https://www.akweb.de/ausgaben/699/schoener-wohnen-im-roten-wien-sozialistische-wohnungspolitik-und-wie-wir-alle-gut-und-guenstig-leben-koennten>
- Veranstaltung: Vergessene Utopien des Wohnens – Schweden: <https://www.youtube.com/watch?v=P20J7GRF72g>
- Sozialpolitik als Bereitstellung einer sozialen Infrastruktur (AG links-netz): <http://wp.links-netz.de/?p=23>
- Die Utopie bolo‘bolo von p.m., in der neue Wohnformen und Städtebaukonzepte erträumt und durchdacht werden: <https://black-mosquito.org/de/p-m-bolo-bolo.html.html>
- ... zurück in die Vergangenheit: Artikel über die Mietstreiks in den 1930er Jahren in Berlin: <http://www.trend.infopartisan.net/trd0513/t040513.html>



Perspektive Selbstverwaltung ist eine revolutionäre Organisation im Aufbau

Unsere Pfeiler sind: Freiheit, Gegenseitige Hilfe, Feminismus, Antirassismus, Soziale Ökologie, Klassenkampf, Direkte Aktion, Föderalismus und Internationalismus

Wir sind der Meinung, dass wir nicht warten müssen, um unsere Ideale in irgendeiner glorreichen Zukunft realisiert zu sehen. Wir müssen im Hier und Jetzt anfangen, unsere Ideale umzusetzen und damit zu experimentieren, damit wir die Erfahrung haben, die wir brauchen, für den definitiven Bruch.

Hört sich das interessant an? Nimm Kontakt mit uns auf oder besuch eine von unseren Aktivitäten.

“Wir können uns nur selbst befreien”

perspektivesv.noblogs.org

*twitter.com/perspektive_sv
[instagram.com/perspektive_sv](https://www.instagram.com/perspektive_sv)*

